

# Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse im Herbst 1956

von  
ISTVÁN VIDA

Nach dem Tod Stalins standen die Regelung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen und die Durchsetzung der internationalen Anerkennung der DDR im Mittelpunkt der sowjetischen Mitteleuropapolitik. Im Sommer 1956 traten jedoch Ungarn und Polen in den Vordergrund des Interesses der sowjetischen Diplomatie. Den Politikern in Moskau wurde bewußt, daß diese beiden Länder die Schwachstellen des sowjetischen Sicherheitssystems bildeten.

In Ungarn begann die politische Gärung nach dem XX. Parteitag der KPdSU zunächst in den Reihen der kommunistischen Partei, der Partei der Ungarischen Werktätigen (MDP), und verbreitete sich von hier aus schrittweise in der Gesellschaft. Die ungarische Partei- und Staatsführung paßte sich nur sehr langsam an die neue politische Linie der Entstalinisierung an. Ein Grund für diese Verzögerung war Matyas Rakosi, der Hauptvertreter der stalinistischen Politik in Ungarn, der weiterhin an der Spitze der MDP stand. Unter seiner Leitung – und mit sowjetischer Hilfe – kam es im Frühjahr 1955 zu einem Rückschlag, als am 18. April 1955 Ministerpräsident Imre Nagy, der eine Korrektur des stalinistischen Systems durch politische und wirtschaftliche Reformen angestrebt hatte, sowohl als Regierungschef wie auch von seinen Parteiämtern abgelöst und im Dezember 1955 sogar aus der Partei ausgeschlossen wurde. Rakosi erwies sich jedoch als unfähig, eine politische Erneuerung durchzuführen. Er wollte weder auf seine persönliche Führungsrolle verzichten noch an den despotischen Methoden etwas ändern. Seine Anhänger stellten die Mehrheit sowohl im Politischen Ausschuß der MDP als auch in der Regierung, die ein ihm bedingungslos ergebener junger Politiker, Andras Hegedüs, leitete. Politisch und moralisch machte sich Rakosi spätestens Ende März 1956 völlig unmöglich, als er vor der Öffentlichkeit bekannte, daß der Prozeß gegen den unschuldig hingerichteten Laszlo Rajk und seine Genossen auf einer Provokation beruhe, und als er später auch seine eigene Verantwortlichkeit zugab.<sup>1</sup>

Im Frühjahr und Sommer 1956 drückten die Mitglieder der Partei auf Parteizusammenkünften und Mitgliederversammlungen immer häufiger ihre Unzufriedenheit mit der Parteiführung aus. Sie kritisierten die Untätigkeit des Politischen Ausschusses und der Zentralen Leitung, forderten die Rehabilitierung der gesetzwidrig Verurteilten und die Bestrafung der Schuldigen sowie die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Wiederholt stellte man fest, daß Matyas Rakosi das Vertrauen der Massen verloren habe

---

<sup>1</sup> Szabad Nep vom 29. März und 19. Mai 1956.

und man ihn deshalb seiner Ämter entheben sollte. Die Mitgliederversammlung des Verbandes der Ungarischen Schriftsteller forderte auch die Rehabilitierung von Imre Nagy.<sup>2</sup>

In dieser Atmosphäre konnte die parteiinterne Opposition gegen Rakosi, die sich nach der stalinistischen Restauration im Sommer/Herbst 1955 gebildet hatte, aktiver werden. Ihre Basis bildeten Angehörige der Intelligenz, Schriftsteller und Journalisten innerhalb der Partei. Führende Persönlichkeit der Parteiopposition war Imre Nagy, der in seinen zu dieser Zeit verfaßten Studien<sup>3</sup> den Stalinismus und die ungarische Parteiführung unter Rakosi scharf kritisierte und ein den Rahmen des sowjetischen Sozialismus sprengendes Sozialismusmodell entwarf. Seinen Vorstellungen entsprach ein unabhängiges und neutrales, aber sozialistisches Ungarn. Als dringlichste Aufgabe betrachteten er und seine Anhänger die Ablösung von Rakosi und die Umbildung der Parteiführung.

Bei den Parteimitgliedern, in den Kreisen der Intelligenz und in den gesellschaftlichen Organisationen wuchs der Einfluß der Parteiopposition von Tag zu Tag und war sogar in der unter Parteikontrolle stehenden Presse sowie im Rundfunk spürbar. Zu ihrem Hauptforum wurde ein vom Verband der Werktätigen Jugend (DISz), der Jugendorganisation der Partei, gegründeter Diskussionskreis, der Petöfi-Kreis. Hier veranstaltete die Parteiopposition zahlreiche Diskussionen über volkswirtschaftliche Fragen, über theoretische Probleme des Marxismus oder über die Lage der Geschichtswissenschaft. Außerdem wurden verschiedene andere Treffen organisiert. Das größte politische Echo fand eine Diskussion über die ungarische Presse, an der am 27. Juni 1956 über 6000 Rundfunkhörer teilnahmen, darunter auch mehrere Parteifunktionäre.

In dieser Veranstaltung erweiterte sich die Diskussion auch auf politische Fragen. Mehrere Redner kritisierten die Mitglieder der Parteiführung zum ersten Mal vor einer breiten Öffentlichkeit und forderten demokratische Reformen. Der Schriftsteller Tibor Dery stellte am Ende der Diskussion zusammenfassend fest: »Ich glaube, daß die Ursache unserer Beschwerden der Mangel an Freiheit ist.« Die an der Diskussion teilnehmenden Mitglieder der Parteiführung versuchten ohne Erfolg, die Politik der Partei zu verteidigen.<sup>4</sup>

Die sowjetische Diplomatie wurde im April/Mai 1956 auf die Änderung der allgemeinen Stimmung in Ungarn und auf den Ansehensschwund der MDP aufmerksam. Anfang Juni 1956 kam M.A. Suslow, Mitglied des Präsidiums der KPdSU und Sekretär des ZK, für eine Woche nach Ungarn.<sup>5</sup> Im

<sup>2</sup> Szabo, Az »ötvenes evek«, a.a.O., S. 290-312.

<sup>3</sup> Imre Nagy on Communism. In Defense of the New Course, New York 1957.

<sup>4</sup> A Petöfi Kör vitai hiteles jegyzökönyvek alapjan. IV. Partizántalálkozó-Sajtovita [Diskussionen des Petöfi-Kreises nach authentischen Protokollen. IV. Partisanentreffen-Pressediskussion]. Hg.: Hegedüs, Andras B./Rainer, Janos M., Budapest 1991, S. 67-175.

<sup>5</sup> Bei Titos Besuch in Moskau im Juni 1956 war auch über Ungarn gesprochen worden. V. Micunovic vermerkte am 7. Juni 1956 in seinem Tagebuch: »Die Russen erwähnten, daß die innere Lage Ungarns immer komplizierter und schwieriger werde und daß A. M. Suslow morgen nach Budapest fahre, um in seinen Verhandlungen mit den ungarischen Führern nach

Gegensatz zu Botschafter Andropow, den Molotow bereits im Sommer 1953 als Berater nach Budapest geschickt hatte, empfand Suslow die wirtschaftliche und politische Lage als nicht besorgniserregend und sicherte Rakosi die volle Unterstützung des Präsidiums der KPdSU zu.<sup>6</sup> Kaum einen Monat später änderte sich jedoch die Meinung der sowjetischen Parteiführung. Ursachen dafür waren der Arbeiteraufstand von Posen am 28. Juni und die Zuspitzung der ungarischen Pressediskussion im Petöfi-Kreis. Die ungarische Parteiführung unterband die Tätigkeit des Petöfi-Kreises am 30. Juni mit einem einstimmigen Beschluß, für die Diskussionen machte man Imre Nagy und seine Anhänger verantwortlich; Tibor Dery und ein weiterer Schriftsteller wurden aus der Partei ausgeschlossen.<sup>7</sup> Diese Maßnahmen verschärfen nur die Stimmung in Budapest. In Moskau war man besorgt, daß sich die Lage in Ungarn ähnlich wie in Polen entwickeln könnte.

Das Präsidium der KPdSU beriet am 9. und 12. Juli 1956 über die Lage in Ungarn und beschloß, daß Matyas Rakosi seiner Ämter zu entheben sei. Dies sollte A. I. Mikojan auf der bevorstehenden Sitzung der Zentralen Leitung der MDP in Budapest erledigen.<sup>8</sup> Mikojan kam am 13. Juli in Budapest an und traf noch am selben Tag die ungarische Führung zu einer Vorbesprechung, anschließend nahm er an einer vierstündigen Sitzung des Politischen Ausschusses teil. Er teilte dort mit, daß die sowjetische Führung wegen der in Ungarn entstandenen Lage besorgt sei und stellte fest: »[...] wir können es nicht zulassen, daß in Ungarn irgendein überraschendes Ereignis eintritt.« Scharf kritisierte er die ungarische Parteiführung und stellte fest, daß nach sowjetischer Meinung die Lage ernst sei, da der MDP die Macht aus der Hand gleite, sie nicht mehr Rundfunk und Presse kontrolliere und im Petöfi-Kreis ein oppositionelles Zentrum entstanden sei, das sich als Gegenmacht zur Zentralen Leitung der Partei betätige. Er forderte von der ungarischen Seite entschlossene Schritte gegen »feindliche Elemente« und die Ablösung von Rakosi als Ersten Sekretär der Partei. Der Politische Ausschuß war einstimmig für die von Mikojan geforderte Amtsenthebung, nur die Suche eines Nachfolgers dauerte noch einige Tage. Mikojan empfahl Andras Hegedüs als Ersten Sekretär, der aber diesen Posten nicht annahm und Ernö Gerö vorschlug. Schließlich einigte man sich – ebenfalls einstimmig – auf Gerö. Rako-

---

einem Ausweg aus der Krise zu suchen.« In: Micunovic, V.: Tito követe voltam. Moszkva 1956-1958, Budapest 1990, S. 63. – Suslow, Michail Andrejewitsch (1902-1982), Sekretär der KPdSU, jahrzehntelang einer der einflußreichsten politischen Führer, Chefideologe.

<sup>6</sup> Hianyo lapok 1956 törteneteböl. Dokumentumok a volt SzKP KB leveltarabol. Valogatta, az elöszot es a jegyzeteket irta Vlacseszlav Szereda es Alekszandr Sztikalin [Fehlende Seiten aus der Geschichte von 1956. Dokumente aus dem ehemaligen Archiv des ZK der KPdSU. Ausgewählt, eingeleitet und bearbeitet von V. Szereda und A. Sztikalin], Budapest 1993, S. 21-23, Bericht Suslows vom 13. Juni 1956.

<sup>7</sup> Szabad Nep vom 1. Juli 1956.

<sup>8</sup> Mikojan, Anastas Iwanowitsch (1895-1978), sowjetischer Politiker. Mitglied des Politbüros der KPdSU, stellvertretender Ministerpräsident, Vertreter der antistalinistischen Linie. Im Sommer 1956 führte er in Budapest die Ablösung von Rakosi aus dessen Ämtern durch. Nach dem 23. Oktober 1956 war er zweimal in Budapest und bestätigte die Politik von Ministerpräsident Imre Nagy. 1964-65 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

si und Kadar stimmten auch für ihn. Am 17. Juli rief man die 30 einflußreichsten Mitglieder der Zentralen Leitung zusammen, die – mit zwei Ausnahmen – mit der Kandidatur Gerös einverstanden waren.<sup>9</sup>

Mikojan nahm die Entscheidung der ungarischen Parteiführung zur Kenntnis, auch Chruschtschow war damit einverstanden. Die Zentrale Leitung nahm am 18. Juli Rakosis Rücktritt an, man wählte ihn auch nicht mehr in den Politischen Ausschuß. Sein Nachfolger wurde Gerö, ohne Gegenstimmen. Mit dem Einverständnis Mikojans versuchte jetzt die Zentrale Leitung den Politischen Ausschuß so umzubilden, daß in ihm, im Interesse der Parteieinheit, mehrere Gruppierungen vertreten waren. Janos Kadar wählte man nicht nur zum Mitglied des Politischen Ausschusses, sondern auch zum Sekretär der Zentralen Leitung. Damit besaß er die zweitwichtigste Führungsposition in der Partei: Man zählte ihn zum gemäßigten Flügel der parteiinternen Opposition. Die ehemaligen Sozialdemokraten vertrat György Marosan, der unter Rakosi politisch verfolgt worden war.<sup>10</sup> Als stellvertretender Ministerpräsident wurde er auch Mitglied der Hegedüs-Regierung. Die alten Parteimitglieder repräsentierte Jozsef Revai.<sup>11</sup> Karoly Kiss gehörte zu dieser Zeit noch zur Rakosi-Garnitur.<sup>12</sup> Die Zentrale Leitung ergänzte man zwar durch 14 Personen, jedoch kam kein Anhänger von Imre Nagy in den Politischen Ausschuß oder in die Zentrale Leitung.

Mikojan äußerte sich in den Vorbereitungen und auf der Sitzung der Zentralen Leitung auch zum Fall Imre Nagy. 1955 hätten er und die sowjetische Parteiführung zwar konstatiert, daß Nagy »antileninistische« Fehler begangen habe, mit seinem Parteiausschluß aber seien sie nicht einverstanden gewesen. Sie haben sich damals nicht in die Sache einmischen wollen, aber im Interesse der ungarischen Partei wäre Nagy besser Parteimitglied geblieben. So hätte man ihn in der Hand gehabt. Nagys Verhalten nach seinem Ausschluß fand Mikojan aber auch nicht richtig. »Er beging neue Fehler dadurch, daß er hinterlistig gegen die Partei einen Kampf organisierte«, betonte er. Dieser Weg würde ihn nicht zurück in die Partei, sondern in das Gefängnis führen. In einer überraschenden Wendung empfahl er den Mitgliedern des Politischen Ausschusses trotzdem, mit Nagy ein Gespräch zu

<sup>9</sup> Hianyzo lapok, a.a.O., 40-45. Die Berichte Mikojans vom 14., 16. und 18. Juni 1956 sowie zwei Gespräche zwischen Andropow und Gerö im Juli 1956. Veröffentlicht von V. Szereda und Istvan Vida, in: Tekintet 1994, S. 3f., S. 128-149.

<sup>10</sup> Marosan, György (1908-1992), Bäcker, sozialdemokratischer, später kommunistischer Politiker. Unter Rakosi in einem Schauprozess verurteilt, nach seiner Rehabilitierung 1956 Mitglied des Politbüros der MDP, nachher der MSzMP, Sekretär des Zentralkomitees, Minister der Regierung Kadar, 1962 aller Ämter enthoben.

<sup>11</sup> Revai, Jozsef (1898-1959) war nach 1945 Leiter der ideologischen Arbeit der MKP bzw. der MDP, Mitglied des Politbüros, Chefredakteur der Zeitung Szabad Nep, 1949-53 Minister für Volksbildung.

<sup>12</sup> Kiss, Karoly (1903-1983), 1922 KPU und ab 1932 Mitglied des Zentralausschusses, 1935-44 Gefängnis wegen illegaler politischer Tätigkeit, 1948-56 Mitglied der Zentralen Kontrollkommission und der Zentralen Leitung der MDP, 1951-55 Mitglied des Politischen Ausschusses (=Politbüro) der MDP, 1951-53 Außenminister, 1952-53 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, 28. Okt.- 4. Nov. 1956 Mitglied des Präsidiums der MDP/MSzMP.

führen. Falls dieser bereit sei, sein Verhalten zu ändern und Selbstkritik zu üben, sollte er wieder in die Partei aufgenommen werden.<sup>13</sup> Am nächsten Tag, dem 19. Juli, trafen sich in einer Sitzungspause der Zentralen Leitung Bela Veg, Sekretär der Zentralen Leitung, und Sandor Nogradi, Leiter der Agitations- und Propagandaleitung der MDP, mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten. Nagy gab offen zu, daß er Fehler begangen habe, aber der XX. Parteitag der KPdSU habe ihn und nicht Rakosi bestätigt. Er forderte eine offene Diskussion über seine Ansichten, räumte jedoch ein, daß sein Name auch als Banner von Leuten verwendet werde, die Feinde der Partei und des sozialistischen Systems seien. Die Besprechung endete damit, daß Nagy versprach, seine Kontakte zu den »partei-feindlichen« Elementen abubrechen. Vor seiner Abreise wurde Nagy auch von Mikojan empfangen. Der sowjetische Politiker wiederholte ihm gegenüber, was er bereits auf der Sitzung der Zentralen Leitung dargelegt hatte.<sup>14</sup>

Nach Rakosis Ablösung ließ die innenpolitische Spannung für eine Weile nach. Innerhalb der Partei wurde die Kritik leiser. Die Tätigkeit der parteiinternen Opposition nahm ab, nachdem sie ihr Hauptziel, die Entlassung Rakosis, erreicht hatte. Die neue Parteiführung konnte jedoch die vorübergehende Windstille nicht ausnutzen. Gerö als Nachfolger war keine gute Wahl, denn er war bei der Bevölkerung genauso unbeliebt wie Rakosi. Gerö selbst fehlte die Ambition; ihm war bewußt, daß seine Wahl zum Ersten Sekretär innen- wie außenpolitisch keinen glücklichen Schritt bedeutete.<sup>15</sup> Innerhalb der engeren Parteiführung blieben die Gegensätze zwischen den Anhängern von Rakosi und der Parteiopposition in politischen und taktischen Fragen bestehen. Die Aktionsfähigkeit der Parteiführung wurde auch dadurch eingeschränkt, daß sich im Laufe der Monate September/Okttober zwei Schlüsselfiguren der MDP längere Zeit außerhalb Ungarns aufhielten. Gerö reiste Anfang September in den Urlaub in die Sowjetunion, Kadar flog am 9. September nach Peking zum 8. Kongreß der chinesischen KP, und am 15. Oktober fuhren beide mit einer Partei- und Staatsdelegation nach Jugoslawien.

Die Parteiführung unternahm im August und September einige vorsichtige, unsichere Initiativen zur Lösung der innenpolitischen Probleme. Am 2. September 1956 kam es zwischen Gerö, Kadar und Imre Nagy zu einem Treffen, das allerdings ohne Ergebnis endete.<sup>16</sup> Man versuchte auch eine überaus vorsichtige Öffnung gegenüber der demokratischen Opposition außerhalb der Partei. Die Parteien der Koalition nach 1945, die seit der kommunistischen Machtübernahme im Jahr 1948 zwar nicht verboten waren, aber faktisch nicht existierten, weil die Mehrzahl ihrer Führer geflüchtet, verhaftet oder interniert war, meldeten sich nach dem Sturz von Rakosi wieder zu Wort. Die Parteiführer und die Aktivisten begannen wieder mit der Organisationsarbeit, Kontakte wurden aufgenommen, es gab Zusammenkünfte und

<sup>13</sup> MOL, 276, fond 52/35, örzö egyseg 17-28.

<sup>14</sup> Meray, Tibor: Nagy Imre elete es halala [Leben und Tod des Imre Nagy], München 1981, S. 137f.

<sup>15</sup> Tekintet 1994, 3-4, S. 146. Andropows Notiz über sein Gespräch mit Gerö am 23. Juli 1956.

<sup>16</sup> Hianyzo lapok, a.a.O., S. 77. Andropows Bericht vom 2. September 1956.

Besprechungen. Gerö empfing Zoltan Tildy, den Vorsitzenden der Unabhängigen Partei der kleinen Landwirte und ehemaligen Präsidenten der Republik, dessen Hausarrest am 1. Mai 1956 aufgehoben wurde<sup>17</sup>, und bot ihm an, sich wieder in das politische Leben einzuschalten.<sup>18</sup> Auch zu den Führern der Sozialdemokratie nahm man Kontakte auf. Nach der Vorstellung der Kommunisten sollten die Führer der ehemaligen Koalitionsparteien in der Volksfrontbewegung eine Rolle übernehmen. So beschloß der Politische Ausschuß der MDP Ende August, daß Zoltan Tildy und Arpad Szakasits, der ehemalige Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei, in den Landesrat der Patriotischen Volksfront zu wählen seien.<sup>19</sup> Dazu kam es aber nicht. Zum einzigen Schritt von Bedeutung kam es in diesem Zeitabschnitt lediglich auf dem Gebiet der Rehabilitation. Am 6. Oktober 1956 wurden – in Abwesenheit von Gerö und Kadar – Laszlo Rajk und seine Gefährten in feierlichem Rahmen umgebettet. Zu diesem Begräbnis erschienen etwa 60000 Menschen, unter ihnen auch Imre Nagy. Die Stimmung der trauernden Menge war derart gespannt, daß nur ein Funken zu einer Explosion fehlte.

Ernö Gerö traf am 6. Oktober in Moskau den aus Peking zurückkehrenden Kadar sowie Mikojan und Suslow. Die Vorwürfe und Ratschläge der sowjetischen Führer zur Schaffung einer festen Macht beruhten auf Mißverständnissen und waren, wie dies Gerö Andropow auch offen mitteilte, undurchführbar.<sup>20</sup> In Ungarn wuchs nun die Spannung von Tag zu Tag. In der Presse, in den Debattierzirkeln der Intelligenz und auf Versammlungen übte man immer schärfere Kritik an der Partei und an der Parteiführung. Es tauchten auch die ersten Forderungen nach Abzug der sowjetischen Truppen und nach Überprüfung der ungleichen Wirtschaftsverträge auf. Die Parteiführung war wie gelähmt, Gerö selbst verunsichert, aber vor seiner Abreise nach Belgrad am 13. Oktober beschloß der Politische Ausschuß, daß Imre Nagy bedingungslos wieder in die Partei aufzunehmen sei.<sup>21</sup> Einen Tag zuvor wurde Mihaly Farkas, der neben Rakosi maßgeblich für die Ungesetzlichkeiten und für den Tod von Unschuldigen verantwortlich war, verhaftet.

Die Universitätsjugend übernahm nun die Initiative. Vom 19. bis zum 21. Oktober kam es an den größten Universitäten des Landes zu Studentenversammlungen, und die Studenten gründeten einen von der Jugendorganisation der Partei DISz unabhängigen Studentenverband (MEFESz). Sie forderten zunächst nur eine Reform des Universitätsunterrichts, aber bald tauchten auch politische Forderungen auf. Unter dem Eindruck der polnischen Ereig-

<sup>17</sup> Tildy, Zoltan (1889-1961). Calvinistischer Priester, 1930 zusammen mit Ferenc Nagy Mitbegründer der Unabhängigen Partei der kleinen Landwirte, ab 1930 geschäftsführender Vorsitzender der Unabhängigen Partei der kleinen Landwirte, ab 1943 provisorischer Parteivorsitzender, ab 1945 Parteivorsitzender. Ab November 1945 Ministerpräsident, 1946-48 Staatspräsident. Wurde im August 1948 vom Staatsschutz unter Hausarrest gestellt.

<sup>18</sup> MOL, XX-5-h. Nagy Imre es tarsainak pere. V-150 000. Bogнар Jozsef vallomasa. 1. August 1957.

<sup>19</sup> Hianyzo lapok, a.a.O., S. 78. Andropows Bericht vom 2. September 1956.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 83-90. Andropows Bericht vom 12. Oktober 1956.

<sup>21</sup> Szabad Nep vom 14. Oktober 1956.

nisse stellten am 22. Oktober die Studenten der Technischen Universität Budapest eine Liste von 16 Forderungen auf<sup>22</sup> und kündigten für den nächsten Tag als Ausdruck der Solidarität mit dem polnischen Volk eine Demonstration an.

## Die Reaktion der kommunistischen Parteien Ungarns und der Sowjetunion auf die Revolution vom 23. Oktober 1956

Auf der Sitzung der Zentralen Leitung der MDP in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober beschloß man aufgrund eines durch Gerö vorgetragenen Antrags des Politischen Ausschusses, Imre Nagy wieder in die Zentrale Leitung und in den Politischen Ausschuß aufzunehmen; ferner wurde Nagy einstimmig zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Der Präsidialrat der Volksrepublik Ungarn entsprach umgehend diesem Vorschlag. Nagy, der sich stark an Parteinormen orientierte, nahm die Ernennung an, ohne politische oder personelle Bedingungen zu stellen. Gerö behielt zwar weiterhin seine Position als Erster Sekretär der Partei, mehrere prominente Stalinisten waren jedoch im neuen Politischen Ausschuß nicht mehr vertreten. Neue Mitglieder des Politischen Ausschusses wurden neben Imre Nagy Jozsef Köböl<sup>23</sup> und Zoltan Szanto<sup>24</sup>, beide Anhänger des Ministerpräsidenten. Zwei bedeutende Persönlichkeiten aus Nagys engerem Kreis bekamen ebenfalls hohe Parteipositionen: Ferenc Donath<sup>25</sup> als Sekretär der Zentralen Leitung und Geza Losonczy<sup>26</sup> als Kandidat des Politischen Ausschusses. Außerdem wählte man Ferenc Münnich, der als Gegner Rakosis bekannt war, sowie den Philosophen György Lukacs in die Zentrale Leitung. Diese personellen Änderungen bedeuteten zwar eine Schwächung des stalinistischen Flügels in der Parteiführung, vor allem für die Gruppe um Gerö, aber der Parteiopposition gelang damit kein Durchbruch. In der Zentralen Leitung blieben die Leute aus Rakosis alter Führung in der Mehrheit.

<sup>22</sup> 1956 plakatai es röplapjai. Oktober 22-november 5. Összeallitotta es szerkesztette Iszak Lajos, Szabo Jozsef, Szabo Robert [Plakate und Flugblätter von 22. Oktober bis 5. November 1956. Zusammengestellt und herausgegeben von L. Iszak, J. Szabo, R. Szabo], Budapest 1991, S. 16.

<sup>23</sup> Köböl, Jozsef (geb. 1909), nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1949 Sekretär des Budapester Ausschusses der MKP bzw. der MDP, danach Gewerkschaftsführer. Leitete ab Dezember 1954 die Abteilung für Partei- und Massenorganisationen der MDP. Ab 1948 Mitglied der Zentralen Leitung der MDP.

<sup>24</sup> Szanto, Zoltan (1893-1977), leitender kommunistischer Politiker, 1956 mit der Nagy-Gruppe interniert, distanzierte sich nach seiner Freilassung 1958 von Nagy.

<sup>25</sup> Donath, Ferenc (1913-1986), führender kommunistischer Politiker, nach 1945 Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, 1951 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, später rehabilitiert. Aktive Opposition in der Gruppe um Nagy, 1958 zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt, 1960 entlassen; Opposition.

<sup>26</sup> Losonczy, Geza (1917-1957), unter Rakosi in einem politischen Schauprozeß verurteilt. Nach seiner Freilassung in der innerparteilichen Opposition, gehörte dem engsten Kreis um Imre Nagy an. 1954-56 leitender Mitarbeiter der Zeitung Magyar Nemzet, Staatsminister der Imre Nagy-Regierung. Kam in der Untersuchungshaft in Budapest ums Leben.

In derselben Nacht gründete man zur Koordinierung des bewaffneten Kampfes gegen die Revolution einen Militärausschuß, der unter der Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Antal Apro stand.<sup>27</sup> Ein von der Zentralen Leitung herausgegebener und als Flugblatt verbreiteter »Aufruf« bewertete den Volksaufstand als »Konterrevolution«, sprach vom »niederträchtigen Angriff« gegen das volksdemokratische System und bezeichnete die Revolutionäre als »konterrevolutionäre Banditen«.<sup>28</sup> Am Morgen des 24. Oktober ordnete man ein Versammlungsverbot an. In Budapest wurde in den Fabriken die Produktion eingestellt, in den Schulen gab es keinen Unterricht, und der Verkehr ruhte.

Die Revolution vom 23. Oktober 1956 kam für die sowjetische Partei- und Staatsführung unerwartet, auch wenn sie aus den Berichten der sowjetischen Botschaft in Budapest und aus anderen Quellen wußte, daß in Ungarn die politische Lage sehr gespannt war, weshalb auch die sowjetischen Truppen in Ungarn verstärkt werden sollten. Die Aufmerksamkeit Chruschtschows und der sowjetischen Führung konzentrierte sich auf Polen, wo vom 19. bis 21. Oktober 1956 Wladyslaw Gomulka zum Ersten Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gewählt worden war. Es mag auch eine Rolle gespielt haben, daß während der Abwesenheit von Gerö, Hegedüs und Kadar die sowjetische Diplomatie keine entsprechenden Informationen bekam. Andropow übermittelte keine Empfehlungen, wie die sowjetische Regierung die Entwicklung in Ungarn beeinflussen könnte.<sup>29</sup> Mangel an entsprechender Information, die alten Machtreflexe und fehlende Abwägung trugen dazu bei, daß das Präsidium der KPdSU am Abend des 23. Oktober der auch von Andropow unterstützten Bitte Gerös entsprach und den Einsatz sowjetischer Truppen gegen die Demonstranten zur Herstellung der Ordnung befahl. Chruschtschow stellte jedoch die Bedingung, daß die ungarische Regierung die sowjetische Intervention offiziell schriftlich erbittet und daß die Zentrale Leitung der MDP erst nach der Auflösung der Demonstration zusammentrifft.<sup>30</sup>

Die sowjetische Militärführung handelte bereits vor dem Eintreffen der Bitte der ungarischen Regierung. Am 24. Oktober um 4 Uhr besetzten sowjetische Truppen in Budapest strategisch wichtige Punkte. Die schriftliche Legitimation dieser Militäraktion kam aber nur unter Schwierigkeiten zu-

<sup>27</sup> Apro, Antal (1913-1994), trat 1931 als Bauarbeiter in die illegale kommunistische Partei ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg spielte er in der Gewerkschaftsbewegung eine führende Rolle, 1948-51 Generalsekretär des Landesrats der Gewerkschaften (SzOT), 1952-53 Minister für Bauindustrie. Ab November 1956 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates.

<sup>28</sup> Der Aufruf der MDP vom 24. Oktober 1956 ist veröffentlicht in: 1956 plakatai es röplapjai, S. 40.

<sup>29</sup> Stykalin, A. S./Orechowa, E. D.: Wengerskie sobytija 1956 goda i pozicija rukowodstwa SSSR [Die ungarischen Ereignisse von 1956 und die Position der Führung der UdSSR]. In: Slawjanowjedenie, 3/1994, S. 55.

<sup>30</sup> Hajdu, Tibor: Az 1956. október 24.-i moszkvai értekezlet. Az 1956-os Magyar Forradalom Történetének Dokumentációs és Kutató Intézete, Ekvönyv. I [Die Moskauer Konferenz vom 24. Oktober 1956. Dokumentations- und Forschungsinstitut zur Geschichte der Ungarischen Revolution 1956, Jahrbuch I], 1992, S. 153f.



stande. Die Zentrale Leitung nahm zur Kenntnis, daß Gerö um sowjetische Hilfe bat, Imre Nagy war dagegen nicht bereit, den offiziellen Brief zu unterschreiben. Am 27. Oktober unterschrieb schließlich Andras Hegedüs, damals nicht mehr Ministerpräsident, das Dokument.<sup>31</sup>

Die sowjetische Intervention hatte schwerwiegende Folgen: Sie löste einen allgemeinen nationalen Aufstand aus. In den Tagen nach dem 23. Oktober breiteten sich die Demonstrationen über das ganze Land aus, auch auf die Dörfer. Die neuen revolutionären Machtorgane – Arbeiterräte in den Betrieben, Soldatenräte in der Armee, Revolutions- und Nationalausschüsse in den Städten und Gemeinden – lösten die stalinistischen Leiter ab, und man begann, eine Nationalgarde zu organisieren. Hauptforderung der gesamtgesellschaftlichen Massenbewegung war der Abzug der sowjetischen Truppen und die Wiederherstellung der Souveränität des Landes. Daneben forderte sie die Gewährleistung der demokratischen Freiheitsrechte, die Einführung des Mehrparteiensystems und die möglichst rasche Durchführung von freien und geheimen Wahlen. Die Fabriken, Banken und Großunternehmen sollten im Staatsbesitz verbleiben, und auch der Großgrundbesitz sollte nicht wiederhergestellt werden. Es tauchte nur die Forderung nach der Rückgabe des Eigentums von Kleineigentümern, bäuerlichen Grundbesitzern, Handwerkern und kleinen Kaufleuten auf. Eine starke Betonung lag auf sozialen Forderungen, vor allem auf der Aufhebung der Zwangsablieferungen und auf der Lösung der Wohnungsfrage. Die Volksbewegung forderte eine umfassende Demokratisierung des sozialistischen Systems und die Beseitigung der stalinistischen Willkürherrschaft.

Auf Beschluß des Präsidiums der KPdSU kamen – ohne vorherige Rückfragen – am 24. Oktober A. I. Mikojan, M. A. Suslow und der Vorsitzende des KGB, I. A. Serow, nach Ungarn. Ihre Aufgabe bestand einerseits darin, in Ungarn Vorschläge zur Lösung der Lage zu erarbeiten, andererseits der ungarischen Parteiführung bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zu helfen. Mikojan und Suslow trafen sich täglich mit Imre Nagy, Kadar und mit den Mitgliedern der ungarischen Parteiführung, sie nahmen an den Sitzungen des Politischen Ausschusses und der Zentralen Leitung der Partei teil. Sie besuchten einmal sogar das Stadtzentrum, wo die heftigsten Kämpfe stattfanden, und auch die eigenen Militäreinheiten. Noch vor der Ankunft der Mikojan-Delegation verabschiedete die Zentrale Leitung der MDP die

<sup>31</sup> Der Brief der ungarischen Regierung, den Andropow am 28. Oktober nach Moskau abschickte, der aber um vier Tage – also auf den 24. – zurückdatiert war, lautete folgendermaßen: »Im Namen des Ministerrates der Volksrepublik Ungarn bitte ich die Regierung der Sowjetunion um die Entsendung sowjetischer Truppen nach Budapest, damit durch deren Hilfe die Unruhen liquidiert, die Ordnung hergestellt und die Voraussetzungen der friedlichen Produktion geschaffen werden. – Budapest, 24. Oktober 1956. Andras Hegedüs, Präsident des Ministerrates der Volksrepublik Ungarn.« In: A »Jelcin-dosszie«. Szovjet dokumentumok 1956-rol. Szerkesztette Gal Eva, Hegedüs Andras B., Litvan György, Rainer Janos M. [Das »Jelzin-Dossier«. Sowjetische Dokumente über die Ereignisse von 1956. Herausgegeben von Eva Gal u.a.], Budapest 1993, S. 56.

wichtigsten personellen Beschlüsse, die Sowjets konnten also hier keinen Einfluß mehr nehmen. So akzeptierten sie die Person Imre Nagys und seine Beauftragung zur Regierungsbildung als zwar unerwünschten, jedoch in der gegebenen Lage unvermeidbaren Kompromiß. Sie hatten wohl gehant – Andropow hatte es bereits am 12. Oktober angekündigt<sup>32</sup> –, daß die Wogen der Unzufriedenheit Nagy früher oder später in die Landespolitik zurückbringen würden. Sie begriffen auch, daß er in den höheren Kreisen der ungarischen kommunistischen Partei der einzige glaubwürdige Politiker war, dem breitere Volksschichten vertrauten. Die Mitglieder der sowjetischen Delegation akzeptierten Nagy, obwohl sie ihn weiterhin für »opportunistisch«, kompromißbereit und beeinflussbar hielten. Nagy selbst betrachtete die Anwesenheit der sowjetischen Führer in Budapest und ihre ständige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns als natürlich und nahm sie hin, da dies auch früher häufig der Fall gewesen war. Zu Mikojan hatte er großes Vertrauen, er wußte von ihm, daß er auf Chruschtschows Seite stand. Gegenüber Suslow hatte er Vorbehalte, er hielt ihn in politischer Hinsicht für starr und vergaß nicht, daß Suslow bis zur letzten Minute Rakosi unterstützt hatte. Während ihres Aufenthaltes in Ungarn versuchte Nagy, die beiden Abgesandten an den Regierungsentscheidungen zu beteiligen.

In Gerö hatten sich die Sowjets allerdings getäuscht, denn er erwies sich als zu schwach, die innenpolitische Krise zu lösen. Es war für sie auch klar, daß Gerö als Mitglied der alten Führung das Vertrauen der Massen verspielt hatte, so daß immer mehr Menschen seinen Rücktritt forderten.<sup>33</sup> Auf der Sitzung des Politischen Ausschusses der MDP am 25. Oktober übte Mikojan scharfe Kritik an Gerö und empfahl im Namen des Präsidiums der KPdSU seine Amtsenthebung und die Ernennung von Janos Kadar zum Ersten Sekretär der Zentralen Leitung. Dieser Forderung stimmte die Zentrale Leitung noch am selben Tag einstimmig zu. Gerös Entlassung aus dem Politischen Ausschuß, wie dies die Imre Nagy nahestehenden Mitglieder dieses Gremiums gewünscht hatten, wurde jedoch nicht beschlossen.<sup>34</sup> Die Delegierten des Präsidiums der KPdSU vertraten in der ersten Phase der Revolution – zwischen dem 23. und 28. Oktober – den Standpunkt, daß zuerst die öffentliche Ordnung hergestellt und der bewaffnete Aufstand niedergeschlagen werden müsse und erst dann die politischen Fragen geregelt werden sollten. Sie versprachen der Regierung Imre Nagy jegliche Hilfe zur Wiederherstellung der Ordnung. Ihre Bedingung war, daß die Regierung nicht mit den Führern der Aufständischen verhandeln dürfe, und nach Möglichkeit sollten nur minimale Zugeständnisse gemacht werden. Sie betonten die Notwendigkeit der Herstellung der Einheit der Partei, die Stärkung der Führungsrolle der Partei in den Organisationen, die Mobilisierung der Parteimitglieder und

<sup>32</sup> Hianyzo lapok, a.a.O., S. 90. Andropows Meldung vom 12. Oktober 1956.

<sup>33</sup> Memoary Nikity Sergejewitscha Chruschtschowa [Die Memoiren N. S. Chruschtschows]. In: Woprossy Istorii, 5/1994, S. 94f.

<sup>34</sup> Hegedüs, Andras: Elet egy eszme arnyekaban [Leben im Schatten einer Idee], Budapest 1989, S. 308. Sowie ders.: A történelem es a hatalom igezeteben. Eletrajzi elemzesek [Im Bann von Geschichte und Macht. Biographische Analysen], Budapest o. J., S. 296.

die Bewaffnung der Arbeiterschaft. In personellen Fragen unterstützten sie in erster Linie die Mitglieder der alten Parteiführung, die der Sowjetunion gegenüber bedingungslos loyale Gruppe um Gerö.

Ihre ersten Berichte aus Ungarn waren noch optimistisch. Sie meinten, die Lage sei nicht sehr schwierig, die militärische Kraft der Aufständischen bedeutungslos, die ungarische Parteiführung sei einheitlich und beherrsche die Lage, so daß der militärische Widerstand schnell beendet werden könnte.<sup>35</sup> Nach einigen Tagen merkten sie, daß – mit ihren Worten – die Kraft der »friedlichen Volksbewegung« noch nicht gebrochen werden konnte und die bewaffneten Kämpfe andauerten. Mikojan und Suslow neigten nun dazu, die Meinung Imre Nagys zu übernehmen, wonach es für die neue Parteiführung zwei Alternativen gebe: Entweder die mehrheitlich mit Stalinisten besetzte Regierung im Amt belassen und mit Unterstützung der sowjetischen Armee den bewaffneten Aufstand niederkämpfen oder durch eine friedliche Politik die Zuneigung des Volkes und der Intellektuellen gewinnen, sich an die Spitze der demokratischen Volksbewegung stellen und auch im Bereich der nationalen Gefühle Zugeständnisse machen. Die Regierung sollte im zweiten Fall unter Beteiligung einiger auf dem Boden der Volksdemokratie stehender bürgerlicher Politiker umgebildet werden.

Die hochrangigen sowjetischen Politiker erkannten, und dies teilten sie auch nach Moskau mit, daß im ersten Fall – bei der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes – »wir das Vertrauen der friedlichen Bevölkerung, der Arbeiter und der Studenten, und den Kontakt zu ihnen verlieren; es kommt zu neuen Opfern, die den Abgrund zwischen Regierung und Bevölkerung noch mehr vertiefen. Wenn wir diesen Weg betreten, sind wir verloren.« Sie gaben am 26. Oktober dem Präsidium der KPdSU den ausdrücklichen Rat, daß »jetzt nicht mehr die Anwendung von militärischen Maßnahmen am wichtigsten ist, sondern das Gewinnen der Arbeitermassen.«<sup>36</sup> Die Deklaration der Zentralen Leitung der MDP vom 26. Oktober, die als politische Plattform der neugebildeten Regierung unter Imre Nagy gedacht war und an deren Formulierung Mikojan und Suslow sich persönlich beteiligt hatten<sup>37</sup>, spiegelte noch den harten sowjetischen Standpunkt wider. Sie bezeichnete die Einstellung des bewaffneten Kampfes und des Blutvergießens als dringlichste Aufgabe und forderte die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Obwohl darin auf die Bezeichnung »Konterrevolution« verzichtet und denjenigen, die die Waffen niederlegten, eine Amnestie angeboten wurde, drohte sie den Kämpfenden mit rücksichtsloser Vernichtung. Größere Reformen in der Wirtschaft und im politischen Leben versprach die Deklaration erst für die Zeit nach der Wiederherstellung der Ordnung. Die Deklaration kündigte auch an, daß unter Leitung von Imre Nagy »auf breiter nationaler Grundlage« eine neue Regierung gebildet werde, die umgehend

<sup>35</sup> Hianyo lapok, a.a.O., S. 101-115. Bericht von Mikojan und Suslow vom 24. Oktober 1956.

<sup>36</sup> Hianyo lapok, a.a.O., S. 106-107 und S. 111-113. Berichte von Mikojan und Suslow vom 26. Oktober 1956.

<sup>37</sup> Vas, Zoltan: Betiltott könyveim [Meine verbotenen Bücher], Budapest 1990, S. 238.

über die Regelung der ungarisch-sowjetischen Beziehungen auf der Grundlage der international anerkannten Prinzipien der Unabhängigkeit, der vollen Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten verhandeln werde. »Als erster Schritt in diese Richtung werden die sowjetischen Truppen nach der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung unverzüglich zu ihren Stützpunkten zurückkehren«, stellte die Deklaration fest.

Die Zentrale Leitung befürwortete, daß sich in den Betrieben unter Beteiligung der Gewerkschaften Arbeiterräte bilden. Von den Forderungen der Arbeiter berücksichtigte sie jedoch nur eine: Sie versprach Lohnerhöhungen für die niedrigsten Lohngruppen.<sup>38</sup> Diese Erklärung blieb weit hinter den Ereignissen zurück und enthielt, abgesehen von der Anerkennung der Arbeiterräte, nur minimale Zugeständnisse. Es wurde weder erwähnt, ob Rakosi und seine Anhänger zur Verantwortung gezogen werden, noch ob Oppositionsparteien zugelassen werden und freie Wahlen stattfinden. Auch die zentrale Forderung der Revolutionäre nach dem sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn blieb unerwähnt. Dies war eine Folge des Auftretens von Mikojan und Suslow.

Auf der Sitzung des Politischen Ausschusses der MDP vom 25. Oktober, an der die sowjetische Delegation teilnahm, schlug Jozsef Köböl vor, daß die Regierung zur Beruhigung der Bevölkerung erklären sollte, daß nach Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung die ungarische Regierung um den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn bitten werde. Die sowjetischen Abgesandten waren von diesem Vorschlag schockiert und machten die ungarischen Politiker darauf aufmerksam, daß man »keineswegs die Frage des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Ungarn erwähnen sollte, da dies nur den Einmarsch der amerikanischen Truppen nach sich zöge«. Sie boten ihre Zustimmung lediglich zu einer Erklärung an, daß »die sowjetischen Truppen nach Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung in Budapest in ihre Garnisonen zurückkehren«.<sup>39</sup>

Zur Überraschung der Vertreter des sowjetischen Parteipräsidiums kündigte Imre Nagy am selben Abend in seiner ersten Rundfunkrede als neuer Ministerpräsident an, daß die ungarische Regierung über die Regelung der ungarisch-sowjetischen Beziehungen und über den vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen Verhandlungen beginnen werde, und stellte als Tatsache dar, daß die sowjetischen Einheiten, die in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober in Budapest einmarschiert waren, aus der Hauptstadt abgezogen würden.<sup>40</sup> Mikojan protestierte am folgenden Tag, dem 26. Oktober, gegen diese Vorgehensweise und forderte eine Erklärung. Die sowjetische Delegation akzeptierte Imre Nagys Begründung nicht, wonach die Regierung nur den Forderungen der Arbeiterschaft und zahlreicher Parteiorganisationen an

<sup>38</sup> Szabad Nep vom 27. Oktober 1956.

<sup>39</sup> A »Jelcin-dosszie«, a.a.O., S. 51. Meldung von Mikojan und Suslow vom 25. Oktober 1956, sowie: Hianyzo lapok, a.a.O., S. 112. Bericht von Mikojan und Suslow vom 26. Oktober 1956.

<sup>40</sup> Szabad Nep vom 26. Oktober 1956.

der Basis nachgab, »damit sie die Lage beherrscht und ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft bewahrt«. Sie stellte wiederholt fest, daß sie die Ankündigung des Abzugs der sowjetischen Truppen für den »größten Fehler« halte und wiederholte den Vorschlag zur Rückkehr der sowjetischen Truppen in ihre Stützpunkte. Sie legte fest, daß weder die Zentrale Leitung der MDP noch die Regierung den vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn versprechen dürfen. Imre Nagy und Janos Kadar waren damit einverstanden.<sup>41</sup> Daher blieb in der Deklaration der Zentralen Leitung der vollständige Abzug der sowjetischen Truppen unerwähnt. Die sowjetische Delegation war auch unangenehm berührt davon, daß sie von den Verhandlungen über die Regierungsbildung und von den breit angelegten Konsultationen erst einen Tag später und aus zweiter Hand erfuhr. Sie befürchtete, daß die ungarische Parteiführung sie vor vollendete Tatsachen stellen könnte und sie auf die Zusammensetzung der Regierung keinen Einfluß mehr nehmen könnte. Nagy jedoch gelang es, sie zu beruhigen. Er informierte sie über die diesbezüglichen Vorstellungen, und auf seine Initiative hin nahm die Delegation an der Sitzung des Politischen Ausschusses am 27. Oktober teil, in der die Umbildung der Regierung beschlossen wurde.

Über die Frage der Besetzung der Ministerposten kam es zu harten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Flügeln der Parteiführung, den Gruppen um Nagy und um Gerö. Gerös Anhänger unternahmen alles, um die eigenen Leute in der Regierung zu behalten, und sie intrigierten gegen die Kandidaten des Ministerpräsidenten. Die sowjetischen Emissäre unterstützten die Gefolgsleute von Gerö, die unter Rakosi Mitglieder der Parteiführung waren, und wahrscheinlich trugen sie dazu bei, daß Nagy das Innenministerium und das Ministerium für Erziehungswesen nicht mit seinen Anhängern besetzen konnte. Gleichzeitig – wenn auch unter ernststen Einwänden und nur aus politischer Notwendigkeit – akzeptierten sie die Öffnung der neuen Regierung gegenüber der demokratischen Opposition. Weder gegen Zoltan Tildy noch gegen Bela Kovacs, den ehemaligen Generalsekretär der Unabhängigen Partei der kleinen Landwirte, erhoben sie Einwände, obwohl Kovacs neun Jahre in sowjetischen Gefängnissen verbracht hatte und erst im Frühjahr 1956 freigekommen war. »Unter den entstandenen Umständen halten wir es für annehmbar und zweckmäßig, daß eine bestimmte Anzahl kleinbürgerlich-demokratischer Politiker in die Regierung aufgenommen wird, damit die gesellschaftliche Unterstützung der Regierung erweitert wird«, meldeten sie am 26. Oktober nach Moskau.<sup>42</sup> Im Zusammenhang mit der Regierungsbildung war ihre einzige Bedingung, daß »konterrevolutionäre Elemente«, also die bewaffneten Aufständischen, im neuen Kabinett keine Vertretung bekommen. Kadar garantierte dies und versuchte die sowjetische Delegation damit zu beruhigen, daß die wichtigsten Positionen auch weiterhin von Parteivertretern besetzt bleiben. Vom sowjetischen Standpunkt aus war es zufriedenstellend, daß zwischen Gerö und Nagy ein

<sup>41</sup> Hianyzo lapok, a.a.O., S. 112. Bericht von Mikojan und Suslow vom 26. Oktober 1956.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 113. Bericht von Mikojan und Suslow vom 26. Oktober 1956.

Kompromiß gefunden wurde und Ferenc Münnich, den man als früheren Emigranten in Moskau gut kannte, als Innenminister nominiert wurde. Zwar zählte Münnich zu den Gegnern von Rakosi und der alten Parteileitung, aber gleichzeitig bewies er in der Frage des bewaffneten Kampfes gegen die Aufständischen eine »feste« Haltung. Die sowjetischen Emissäre stimmten der Regierungsliste schließlich zu. »Wir haben den Eindruck, daß die Regierung im ganzen zuverlässig und hinsichtlich des gesellschaftlichen Ranges auch bedeutend genug ist«, unterrichteten sie das Präsidium der KPdSU.<sup>43</sup>

Die neue Regierung von Imre Nagy wurde am 27. Oktober gebildet und am nächsten Tag vor Istvan Dobi, dem Präsidenten des Präsidialrates der Volksrepublik, vereidigt. Im Vergleich zu der Regierung Hegedüs hatte es bedeutende Veränderungen gegeben: Von 25 früheren Ministern blieben nur neun. Die prominenten Stalinisten, unter ihnen Andras Hegedüs, blieben nicht in der Regierung. Antal Apro wurde erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Zoltan Tildy bekam einen Posten als Staatsminister, Bela Kovacs übernahm das Landwirtschaftsministerium. Minister für Volksbildung wurde der mit den reformkommunistischen Ansichten Nagys sympathisierende, international bekannte Philosoph György Lukacs. Auch zwei parteilose Minister waren in der Regierung vertreten.

Das Programm der neuen Regierung kam nur unter Schwierigkeiten zustande. In einer drei Tage dauernden Diskussion zwischen dem 26. und dem 28. Oktober brachen alle konzeptionellen, taktischen und methodischen Differenzen zwischen den beiden Flügeln der Parteiführung auf. Ferenc Donath und Geza Losonczy waren mit der Bewertung der Ereignisse als »Konterrevolution« nicht einverstanden. Sie waren aufgrund persönlicher Erfahrungen, ähnlich wie der Schriftstellerverband und andere oppositionelle Intellektuellengruppen, der Meinung, daß man die Ereignisse als berechtigte Volksbewegung, als Revolution und eine die ganze Gesellschaft umfassende Massenbewegung, als nationale demokratische Bewegung betrachten sollte. Deshalb dürfe man sie nicht mit Waffen bekämpfen, sondern die Regierung sollte mit den am Aufstand teilnehmenden Gruppen von Intellektuellen, Arbeitern und Jugendlichen verhandeln und die bewaffneten Revolutionäre in die Armee und in die Nationalgarde integrieren. Ihren Standpunkt stellten sie bereits am 24. Oktober in einer Eingabe dar, am nächsten Tag teilten sie ihn Imre Nagy und Janos Kadar in einer Unterredung mit und vertraten ihn auch auf der Sitzung der Zentralen Leitung vom 26. Oktober. In dieser Sitzung wurden sie unter lautstarkem Protest der Stalinisten mit drei Stimmen überstimmt. Weder Kadar noch Imre Nagy waren zu dieser Zeit mit ihrer Meinung einverstanden. Aus Protest traten Donath und Losonczy von ihren neuen Parteifunktionen zurück.<sup>44</sup>

<sup>43</sup> Ebenda, S. 114f. Bericht von Mikojan und Suslow vom 27. Oktober 1956.

<sup>44</sup> MOL, XX-5-h, Nagy Imre es tarsainak pere, V.-150 000/47. Donath Ferenc 1957. július 26-i vallomása. Sowie: Donath, Ferenc: A forradalom első napjai (Visszaemlékezés). In: Donath, Ferenc: A Marciusi Fronttol Monorig. Tanulmányok, vazlatok, emlekezesek. Valogatta: Valuch Tibor [Von der Märzfront bis Monor. Studien, Skizzen, Erinnerungen. Ausgewählt durch Tibor Valuch], Budapest 1992, S. 104-116.

Zwei Tage später wendete sich das Blatt, und auf der Sitzung des Politischen Ausschusses am 28. Oktober nahm man ihren Standpunkt mit großer Mehrheit an. Ursache dafür waren nicht nur der sich pausenlos fortsetzende Kampf und die Ausbreitung der Massenbewegung im ganzen Land, der vollständige Zerfall der Partei und die Isolierung der Parteiführung, sondern auch der Umstand, daß Imre Nagy sich auf die Seite von Donath und Losonczy stellte. Auch Kadar sah in diesen Tagen die sich nach dem 23. Oktober entfaltende Volksbewegung differenzierter und hielt die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Parteipolitik für berechtigt. Er betrachtete die Ereignisse ebenfalls nicht als »Konterrevolution«, aber die Bezeichnung »nationale demokratische Revolution« wollte er nicht übernehmen. Die sowjetischen Politiker bewerteten die Ereignisse von Anfang an konsequent als Konterrevolution. Den Standpunkt Donaths und seiner Anhänger bezeichneten sie als »Kapitulantum« und forderten ihre Verhaftung. Auf der Sitzung am 28. Oktober traten sie jedoch – laut dem erhalten gebliebenen unvollständigen Protokoll – nicht gegen diese Umbewertung auf.

Aus der neuen Sicht der Parteiführung folgte, daß sie möglichst rasch das Blutvergießen beenden wollte. Als ersten Schritt ordnete sie eine Feuerpause an. Die sowjetischen Einheiten sollten sich vom Kampfplatz zurückziehen und Budapest möglichst rasch verlassen. Man wollte Verhandlungen über ihren endgültigen Abzug aus Ungarn beginnen. Das Amt für Staatssicherheit (AVH) sollte aufgelöst und innerhalb der Parteiführung Eintracht hergestellt werden. Endlich sollten die Forderungen der Bevölkerung erfüllt werden. Das neue Regierungsprogramm, das in der Sitzung des Politischen Ausschusses am Morgen des 28. Oktober besprochen wurde, stützte sich auf diese Erwägungen.

Mikojan hatte in der Diskussion an keinem Punkt des Regierungsprogramms etwas auszusetzen, er unterstützte sogar ausdrücklich die Anordnung der Feuerpause. Nachdrücklich betonte er die Notwendigkeit einer Abgrenzung von der alten Parteiführung und deren Fehlern, von der Willkürherrschaft, von den bürokratischen Methoden und Gesetzesverletzungen. Er war damit einverstanden, daß man nach einer politischen Lösung suchen und verhandeln sollte, lehnte es aber weiterhin ab, daß die Regierung direkt mit den Aufständischen verhandelte. Nach seiner Vorstellung sollte eine Kontaktaufnahme zu den kämpfenden Gruppen durch Vermittlung der Gewerkschaften erfolgen. Die Partei sollte jedoch seiner Meinung nach die Führung nicht den Gewerkschaften in die Hand geben, sonst könnten sie sich zu einem zweiten Machtzentrum entwickeln, das vom »Feind« ausgenutzt werden könnte. Zugleich trat er entschieden gegen weitere Zugeständnisse ein.<sup>45</sup>

In der Frage der Parteiführung unterstützten die sowjetischen Emissäre Imre Nagy und Kadar. Der Ministerpräsident erklärte auf einer die Sitzung des Politischen Ausschusses am 28. Oktober vorbereitenden Besprechung, daß er mit Gerö, Hegedüs und mit Mitgliedern des alten stalinistischen Flü-

<sup>45</sup> Historia, 4-5/1989, S. 37.

gels der Partei, die sich von den alten Methoden nicht lösen konnten und die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes forderten, nicht länger zusammenarbeiten könne und wolle.

Auf der Sitzung des Politischen Ausschusses am Morgen des 28. Oktober schlug Mikojan nach der Diskussion des Regierungsprogramms (wahrscheinlich nach vorheriger Absprache) auf Kadars Aufforderung hin die Errichtung eines über der Zentralen Leitung und über dem Politischen Ausschuss stehenden Parteidirektoriums mit uneingeschränkter Amtsvollmacht vor. Der Vorschlag war nicht neu, auf Antrag Marosans hatte man bereits zwei Tage zuvor ein sechsköpfiges Gremium gebildet, das seine Arbeit aber nicht aufgenommen hatte. Die Zielsetzung war, diejenigen Parteiorgane aus der Parteiführung und dem politischen Leben auszuschalten, in denen die Stalinisten noch immer über bedeutenden Einfluß verfügten, um auf diese Weise in der Parteiführung die Einheit herzustellen. Über die Besetzung des Parteidirektoriums, offiziell als Parteipräsidium bezeichnet, entstand Streit. Der brüskierte Gerö lehnte eine Mitgliedschaft ab. Mikojan hätte die Mitgliedschaft von Hegedüs gern gesehen, aber dieser wurde ohne die Stimmen der Gruppe um Imre Nagy und ohne das Einverständnis Kadars nicht gewählt. Entsprechend der Entscheidung des Politischen Ausschusses waren die Anhänger der Gruppe um Rakosi und Gerö im Parteipräsidium nicht vertreten. Die Zusammensetzung war aus sowjetischer Sicht auch deshalb akzeptabel, weil die Hälfte der Mitglieder, Imre Nagy, Ferenc Münnich und Zoltan Szanto, aus der Zeit ihrer Moskauer Emigration bekannt waren.

Nach der Sitzung des Politischen Ausschusses ging Imre Nagy am Vormittag des 28. Oktober in die sowjetische Botschaft, wo er mit Mikojan, Suslow, Andropow und aller Wahrscheinlichkeit nach auch mit Chruschtschow sprechen konnte. Einzelheiten darüber sind nicht bekannt. Aus den späteren Ereignissen kann man folgern, daß sie über das weitere Schicksal Gerös, über die Feuerpause und über den Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest sprachen. Nach seiner Rückkehr teilte Nagy Hegedüs mit, daß nach Meinung der sowjetischen Führer er, Gerö, Piros<sup>46</sup> und Bata<sup>47</sup>, also die am meisten kompromittierten Politiker, an der Leitung der Partei nicht beteiligt werden dürften, und er schlug vor, daß sie in die Sowjetunion ausreisen sollten. Er fügte hinzu: Die Führung übernehme er persönlich. Andropow informierte Hegedüs etwas später im selben Sinne.<sup>48</sup> Gerös Gruppe wurde von den Sowjets noch am selben Tag nach Moskau gebracht.

Am selben Tag, einige Minuten nach 13 Uhr, übertrug der Ungarische Rundfunk eine Bekanntmachung, in der Imre Nagy erklärte, daß die Regierung eine »sofortige und allgemeine Feuerpause« angeordnet und den be-

<sup>46</sup> Piros, Laszlo (geb. 1917), ursprünglich Fleischer, 1950 Befehlshaber des Grenzschutzes, später der AVH, 1954-56 Innenminister, während der Revolution Flucht nach Moskau, Teilnahme an der sowjetischen Invasion am 4. November 1956.

<sup>47</sup> Bata, Istvan (1910-1982), ursprünglich Straßenbahnschaffner. Wurde als Arbeiterkader in die Armee geschickt, 1949 Militärakademie in Moskau, ab 1950 Generalstabschef, vom 4. Juli 1953 bis zum 27. Oktober 1956 Verteidigungsminister.

<sup>48</sup> Hegedüs, Elet egy eszme arnyekaban, a.a.O., S. 312.



waffneten Kräften befohlen habe, nur dann zu schießen, wenn sie angegriffen würden.<sup>49</sup> Auf ihrer ersten Sitzung nach der Vereidigung verabschiedete die Regierung das auf der Beratung des Politischen Ausschusses ausgearbeitete Regierungsprogramm, das Imre Nagy am Nachmittag im Rundfunk bekanntgab.<sup>50</sup> Er teilte mit: »Die Regierung verurteilt Ansichten, wonach die gegenwärtige gewaltige Volksbewegung eine Konterrevolution sei.« Entsprechend dem Standpunkt Kadars verwendete er nicht die Bezeichnung »Revolution«, sondern sprach nur von einer »nationalen demokratischen« Volksbewegung. Ohne die Besprechung in der sowjetischen Botschaft zu erwähnen, teilte er mit, daß »die sowjetischen Truppen mit ihrem Abzug aus Budapest sofort beginnen« und zum Zeitpunkt der Bildung neuer Ordnungskräfte der Regierung das Gebiet der Hauptstadt verlassen würden. Er versprach auch, daß die neue ungarische Regierung über den endgültigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn Verhandlungen aufnehmen werde. Er kündigte die Auflösung des Amtes für Staatssicherheit (AVH) an, erwähnte ein breitangelegtes Programm zur Befriedigung der berechtigten sozialen Forderungen der Arbeiterschaft sowie Maßnahmen gegen die Gesetzlosigkeit, die bei der Kollektivierung in der Landwirtschaft herrschte. Er begrüßte die Bildung der Arbeiterräte und zeigte sich bereit, die im ganzen Land gegründeten Organe der Revolution, die National- und Revolutionsausschüsse, anzuerkennen. Zum Abschluß kündigte der Ministerpräsident an, daß die Regierung dem Parlament die Wiedereinführung des Kossuth-Wappens und die Erklärung des 15. März zum Nationalfeiertag empfehlen werde. Obwohl die Zusammensetzung der Regierung der in der Deklaration der Zentralen Leitung der MDP vom 26. Oktober erwähnten Vorstellung von einer symbolischen Zusammenfassung der demokratischen Kräfte »auf breitester nationaler Ebene« nicht entsprach und nur eine sehr vorsichtige Öffnung in Richtung einer Koalition mehrerer Parteien dokumentierte, bekam ihr Programm eine positive internationale Resonanz. Die Regierungsbildung wurde nicht nur in Moskau begrüßt, sondern auch Wladyslaw Gomułka im Namen der polnischen Parteiführung und Josip Broz Tito für die jugoslawische kommunistische Partei sicherten ihre Unterstützung zu.<sup>51</sup>

Die Bewertung der Ereignisse nach dem 23. Oktober als nationale demokratische Bewegung bzw. als Revolution brachte nicht nur eine Wende in der Politik der MDP, sondern auch im Ablauf des Aufstandes. Imre Nagy verlegte am 29. Oktober seinen Amtssitz aus der Parteizentrale ins Parlament, damit wurde das Parlament zum Zentrum des politischen Lebens. Die Mehrheit seiner früheren Anhänger stellte sich auf seine Seite und beteiligte sich an der Regierungsarbeit.<sup>52</sup> Geza Losonczy und Janos Kadar wurden als

<sup>49</sup> A forradalom hangja. Magyarországi rádióadások. 1956. Október 23–november 4 [Die Stimme der Revolution. Rundfunksendungen aus Ungarn. 23. Oktober – 4. November 1956], Budapest 1989, S. 126.

<sup>50</sup> Historia, 4–5/1989, S. 40f. Protokoll der ersten Sitzung der Nationalen Regierung, 28. Oktober 1956.

<sup>51</sup> Magyar Nemzet vom 30. Oktober 1956.

<sup>52</sup> Az 1956-os magyar forradalom kronológiája. – A forradalom előmenyei, alakulása és utóelele. Tanulmányok és kronológia [Chronologie der ungarischen Revolution 1956. Vorge-

Staatsminister Mitglieder des Kabinetts. Um die Regierungsarbeit effektiver zu gestalten, wurde am 30. Oktober unter der Leitung von Imre Nagy innerhalb des Ministerrates ein siebenköpfiges Regierungskabinett gebildet, in dem unter anderen auch Tildy, Bela Kovacs, Kadar, Ferenc Erdei und Geza Losonczy vertreten waren. Die Bildung der nationalen Regierung und ihr Programm fanden auch innenpolitisch ein günstiges Echo, aber auf Imre Nagy und der engeren Parteiführung lastete immer noch starker politischer Druck. Delegationen aus ganz Ungarn stellten neue Forderungen auf und verlangten die Ablösung der noch amtierenden Stalinisten. Mit der Gründung des Nationalrats von Transdanubien<sup>53</sup> in Győr am 30. Oktober entstand ein neues regionales Machtzentrum<sup>54</sup>, der Landesrat der Gewerkschaften (Szakszervezetek Országos Tanácsa – SzOT) bildete sich zur Freien Gewerkschaft Ungarns (Magyar Szabad Szakszervezet) um, womit die Partei praktisch die Kontrolle über die Gewerkschaftsbewegung verlor.<sup>55</sup> Imre Nagy und die Regierung sahen sich dadurch zu größeren Zugeständnissen veranlaßt. Am 30. Oktober beschloß das Präsidium der MDP mit der Zustimmung Kadars die Wiederherstellung des Mehrparteiensystems. Die Regierung ließ am selben Tag die Betätigung derjenigen Parteien zu, die sich 1945 an der Regierungskoalition beteiligt hatten.<sup>56</sup> Die demokratische Opposition nutzte die Gelegenheit, und innerhalb der nächsten beiden Tage wurden die Sozialdemokratische Partei, die Unabhängige Partei der kleinen Landwirte und die Nationale Bauernpartei wiedergegründet, es begann auch der Aufbau katholischer Parteien. Das Parteipräsidium löste am Morgen des 31. Oktober die praktisch bereits auseinandergefallene und nicht mehr funktionierende MDP auf und beschloß die Gründung einer neuen kommunistischen Partei, der MSzMP.<sup>57</sup>

Nach der Bekanntgabe der Feuerpause hörten die Kämpfe zwar nicht auf, aber sie gingen deutlich zurück. Der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Budapest begann am frühen Nachmittag des 30. Oktober und war bis zum Mittag des 31. beendet. Einen Tag vorher kündigte Innenminister Münnich die Auflösung des Amtes für Staatssicherheit und die Aufstellung einer neuen, demokratischen Polizei an.<sup>58</sup> In der Armee bildeten sich Soldatenräte, und am 30. Oktober konstituierte sich unter der Leitung von Bela Kiraly ein Revolutionsausschuß zur Organisation einer Nationalgarde (Nemzetörseg). Über die Gründung der Nationalgarde, an der die bewaffneten Revolutionäre beteiligt werden sollten, wurde zwischen diesen und der Regierung verhandelt. Imre Nagy empfing am 30. Oktober gemeinsam mit Verteidigungs-

schichte, Verlauf und Nachwirkungen der Revolution. Studien und Chronologie], Paris 1989, S. 202.

<sup>53</sup> *Historia*, 4-5/1989, S. 47. Protokoll der ersten Sitzung der Nationalen Regierung, 30. Oktober 1956.

<sup>54</sup> *Szabad Szo* vom 31. Oktober 1956.

<sup>55</sup> *Nepszava* vom 31. Oktober 1956.

<sup>56</sup> *Historia*, 4-5/1989, S. 47. Protokoll der ersten Sitzung des Regierungskabinetts, 30. Oktober 1956.

<sup>57</sup> Vas, *Betiltott könyveim*, a.a.O., S. 265.

<sup>58</sup> *Magyar Nemzet* vom 30. Oktober 1956.

minister Karoly Janza eine aus 12 bis 15 Mitgliedern bestehende Delegation der bewaffneten Zivilistengruppen in der Hauptstadt und verhandelte mit ihnen über einen Waffenstillstand. Der Ministerpräsident verlangte im Lauf der Verhandlungen, daß die Aufständischen ohne Ausnahme die Waffen niederlegen. Sie waren dazu auch bereit, wenn die aus der Hauptstadt abziehenden sowjetischen Truppen durch Einheiten der Ungarischen Volksarmee abgelöst würden.<sup>59</sup> Einzelne Vertreter der Aufständischen verhandelten am selben Abend auch mit Kadar und Münnich. Sie vereinbarten, daß sich die bewaffneten Aufständischen an der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung beteiligen würden, und diese Erklärung gab auch der Rundfunk bekannt. Kadar versprach ferner, daß er am nächsten Tag die bewaffnete Gruppe in der Tüzolto Straße besuchen würde, dieser Besuch kam aber nicht zustande.<sup>60</sup> Der Präsidialrat der Volksrepublik ernannte am 31. Oktober Oberst Pal Maleter, der sich am 28. Oktober als Kommandant der Kilian-Kaserne auf die Seite der Revolutionäre gestellt hatte, zum ersten Stellvertreter des Verteidigungsministers.<sup>61</sup>

Die Ereignisse in den Tagen nach der Regierungsbildung am 28. Oktober überschritten den Rahmen des Kompromisses, den Mikojan in der erwähnten Sitzung des Politischen Ausschusses der MDP umrissen hatte. Er und Suslow verfolgten die neuen Nachrichten in der sowjetischen Botschaft ratlos und mit wachsender Sorge. Am Abend des 29. Oktober, nach Verhandlungen mit Kadar, Münnich und anderen kommunistischen Funktionären, meldeten sie nach Moskau, daß die ungarischen Genossen »die Volksmassen nicht beherrschen können« und daß »die kommunistenfeindlichen Elemente dreist werden«. Sie bewerteten auch die Auflösung der Geheimpolizei AVH als einen schwerwiegenden Fehler.<sup>62</sup> Am Morgen des 30. Oktober berichteten sie an das ZK der KPdSU: »Die politische Lage im Land und in Budapest verschlechtert sich, anstatt sich zu verbessern. Dies zeigen folgende Tatsachen: In den leitenden Organen der Partei macht sich Ohnmacht breit, in den Parteiorganisationen findet ein Auflösungsprozeß statt. Die plündernden Elemente führen sich immer unverschämter auf, sie besetzen die Bezirksparteiausschüsse und morden Kommunisten. Die Aufstellung bewaffneter Einheiten der Partei kommt nur langsam voran. Die Betriebe sind stillgelegt. Die Menschen sitzen untätig zu Hause. Die Eisenbahn verkehrt nicht, die plündernden studentischen und anderen Elemente haben ihre Taktik geändert und zeigen stärkere Aktivität. Es gibt kaum Schießereien, aber sie besetzen einfach die Institutionen. Gestern besetzten sie zum Beispiel Re-

<sup>59</sup> An der Verhandlung nahmen unter anderen auch Istvan Angyal und Laszlo Ivan-Kovacs teil. BM (Innenministerium) Törteneti Irattar. V-150 381/8. Angyal Istvan 1957 junius 10-i tanuki-hallgatasi jegyzökönyve. Masolat.

<sup>60</sup> Angyal Istvan sajatkezü vallomasa. Szerk.: Eörsi Laszlo [Istvan Angyals eigenhändig geschriebene Aussage. Hrsg.: Eörsi, Laszlo], Budapest, Pesti Szalon Könyvkiado o. J., S. 53-55. Die Rundfunkerklärung ist veröffentlicht in: A forradalom hangja [Die Stimme der Revolution], S. 244f.

<sup>61</sup> Magyar Nemzet vom 1. November 1956.

<sup>62</sup> A »Jelcin-dosszie«, a.a.O., S. 60. Bericht von Mikojan und Suslow vom 29. Oktober 1956.

daktion und Druckerei der zentralen Parteizeitung [...]. Sie besetzten auch die Telefonzentrale. Die Rundfunkstation ist zwar in Betrieb, sie gibt aber nicht die Meinung der Zentralen Parteileitung wieder, da sie sich praktisch in fremden Händen befindet.«

Die sowjetischen Emissäre in Budapest waren seit Tagen auch dadurch beunruhigt, daß sich nach Informationen der sowjetischen Militärberater die Beziehungen zwischen dem ungarischen und dem sowjetischen Offizierskorps zunehmend verschlechterten und das vorher bestehende gegenseitige Vertrauen nicht mehr vorhanden war. Sie rechneten damit, daß im Falle eines Einschwenkens der Volksarmee auf die Seite der Aufständischen »weitere militärische Operationen der sowjetischen Armee notwendig werden«. Sie meinten jedoch, daß die Ungarische Volksarmee sich vorerst nicht gegen die sowjetische Armee stellen würde. Am Ende dieses Berichts stand der unheilverkündende Satz: »Wir denken, daß Genosse Konjew unverzüglich nach Ungarn kommen muß.«<sup>63</sup> Marschall Konjew war der Oberbefehlshaber der vereinten Streitkräfte des Warschauer Paktes.

Die Beauftragten des Präsidiums der KPdSU rechneten zwar ernsthaft damit, daß bei einer weiteren Verschlechterung der Situation in Ungarn eine erneute sowjetische Militärintervention notwendig sein könnte, glaubten aber vom 28. bis zum 30. Oktober weiterhin, daß die Regierung Nagy die Situation unter Kontrolle bekomme. Die sowjetische Regierungserklärung vom 30. Oktober über die Beziehungen der Sowjetunion zu den sozialistischen Staaten beruhigte sie anscheinend. In dieser Erklärung wurde, wahrscheinlich entsprechend den Bestrebungen Mikojans und vielleicht auch Suslows, die Möglichkeit einer Regelung der Lage in Ungarn auf dem Verhandlungsweg erwähnt: »[...] die sowjetische Regierung ist bereit, mit der Regierung der Volksrepublik Ungarn und mit den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes über die Stationierung der sowjetischen Truppen in Ungarn zu verhandeln.«<sup>64</sup>

Die Abgesandten des Kreml trafen – offensichtlich auf Weisung – am frühen Abend des 30. Oktober erneut die ungarischen Parteiführer. Von der Unterredung zwischen Kadar und Suslow sind keine Informationen erhalten geblieben. Über das um 19 Uhr beendete Treffen zwischen Imre Nagy und Mikojan gibt es zwar keine schriftlichen Quellen, der sowjetische Politiker soll jedoch Erinnerungen zufolge – wahrscheinlich entsprechend der Regierungserklärung – im Namen des Präsidiums der KPdSU den ungarischen Ministerpräsidenten bevollmächtigt haben, in innenpolitischen Fragen »nach eigener Einsicht zu handeln«, nur die »Grundlagen des sozialistischen Systems« sollten erhalten bleiben. Er gab zu, daß die Ereignisse in Ungarn auch eine Folge der seitens der Sowjetunion begangenen Fehler seien.<sup>65</sup> Die Formel »Grundlagen des sozialistischen Systems« deutet an, daß Mikojan mit

<sup>63</sup> Hianyzo lapok, a.a.O., S. 125f. Bericht von Mikojan und Suslow vom 30. Oktober 1956.

<sup>64</sup> A »Jelcin-dosszie«, a.a.O., S. 67.

<sup>65</sup> Mitgeteilt von Miklos Vasarhelyi am 2. Februar 1995. Vasarhelyi bekam diese Information von Imre Nagy am 23. November 1956 an Bord des Flugzeugs, mit dem sie nach Rumänien gebracht wurden.

der Auflösung des Einparteiensystems nicht einverstanden war, er nahm sie höchstens zur Kenntnis. Ein unerschütterlicher Grundsatz des sowjetischen politischen Denkens war die Aufrechterhaltung der Monopolstellung der kommunistischen Partei, und es gibt keine Anzeichen dafür, daß die sowjetische Führung darauf verzichtet hätte. Die Delegation unter Mikojan nahm gezwungenermaßen die Wiedereinführung des Mehrparteiensystems zur Kenntnis, hielt aber die Betätigung der nichtkommunistischen Parteien nur für eine provisorische Lösung.<sup>66</sup> Es ist auch unwahrscheinlich, daß sie mit der Durchführung freier Wahlen einverstanden gewesen wäre.

Während der Verhandlungen besprach man auch die Frage des Abzugs der sowjetischen Armee. Mikojan teilte – wahrscheinlich nach vorheriger Absprache – Imre Nagy mit, daß bis zum 30. Oktober aufgrund der früheren ungarisch-sowjetischen Vereinbarung Truppen nach Ungarn verlegt wurden, die Sowjetunion aber nicht den Einsatz weiterer Einheiten plane, da sie hoffe, daß »die Regierung die Lage in Ungarn beherrschen wird.«<sup>67</sup> Weiterhin wurde wahrscheinlich vereinbart, daß Verhandlungen über den Truppenabzug entsprechend der sowjetischen Regierungserklärung aufgenommen werden. Diese letzte längere Verhandlung zwischen Imre Nagy und den Mitgliedern des Präsidiums der KPdSU fand in freundschaftlicher Atmosphäre statt. Mikojan sagte zum Abschied: »Genosse Nagy! Retten sie, was noch zu retten ist!«<sup>68</sup>

Am folgenden Tag, dem 31. Oktober, trafen Mikojan und Suslow vormittags noch einmal Imre Nagy und Kadar, an dieser Besprechung nahm auch Münnich teil. Vermutlich übergaben sie diesmal offiziell die Erklärung der sowjetischen Regierung über die Beziehung der Sowjetunion zu den sozialistischen Ländern, die die Zeitungen *Nepszabadsag* und *Nepszava* entsprechend eines Regierungsbeschlusses einen Tag später veröffentlichten. Man sprach erneut über den Abzug der sowjetischen Truppen, aber offenbar kam es nicht zu bedeutenderen Verhandlungen. Die sowjetischen Abgesandten verabschiedeten sich, aller Wahrscheinlichkeit nach wurden sie zurückgerufen.<sup>69</sup> Vor der Abreise der Delegation traf Mikojan in der sowjetischen Botschaft Zoltan Tildy, den Staatsminister der Nagy-Regierung, zum ersten Mal während seines Budapester Aufenthaltes. Dies war nicht lediglich eine Ge-

<sup>66</sup> Nach der zweiten sowjetischen Intervention erzählte Kadar am 13. November 1956 auf einer Versammlung der Parteiaktivisten, daß er sich mit einem Mitglied des Präsidiums der KPdSU, mit dem sich erneut in Budapest aufhaltenden Suslow getroffen hatte, nach dessen Meinung es nicht schädlich sei, wenn sich die Bauern vorübergehend der Unabhängigen Partei der kleinen Landwirte anschließen. Dies bedeutet, daß Suslow die noch vorhandene Existenz und Aktivität dieser Partei zur Kenntnis nahm. S. Az MSzMP 1956 november 13-i aktívülésenek jegyzőkönyve. Kadar Janos beszede. Kiss Jozsef-Ripp Zoltan-Vida Istvan bevezetőjevel [Protokoll der Aktivistenversammlung der MSzMP vom 13. November 1956. Die Rede Janos Kadars. Mit einer Einführung von J. Kiss, Z. Ripp und I. Vida]. In: Tarsadalmi Szemle, 7/1993, S. 80-87.

<sup>67</sup> Hianyzo lapok, a.a.O., S. 126. Meldung Mikojans und Suslows am Morgen des 30. Oktober 1956.

<sup>68</sup> Kopacsi, Sandor: Eletfogytiglan [Lebenslänglich], o. J., S. 145.

<sup>69</sup> Igazság vom 1. November 1956.

ste, sondern sicherlich die Zurkenntnisnahme der Tatsache, daß auch nicht-kommunistische Kräfte im politischen Leben Ungarns vorhanden waren. Das Treffen kam auf Mikojans Initiative zustande. Tildy, dem die Verschlechterung des ungarisch-sowjetischen Verhältnisses Sorgen bereitete, der aber keine Kontakte zu den Sowjets hatte, da außenpolitische Fragen nicht zu seinem Geschäftsbereich gehörten, war über die Einladung erfreut. Über diese fast eine Stunde dauernde offizielle Verhandlung in der sowjetischen Botschaft, die in einer sehr freundschaftlichen Atmosphäre stattfand, stehen zur Zeit noch keine schriftlichen Quellen zur Verfügung. Aufgrund von Erinnerungen und des Verhörprotokolls Tildys anlässlich der Prozeßvorbereitung gegen Imre Nagy kann man lediglich auf die Gesprächsthemen schließen. Der ehemalige Präsident der Republik berichtete über die politische Lage und versuchte zu ergründen, was Mikojan und die sowjetische Regierung von der Wiedereinführung des Mehrparteiensystems einschließlich der Abhaltung freier Wahlen und vom Austritt Ungarns aus dem Warschauer Vertrag hielten, ferner wann ein Abzug der sowjetischen Truppen zu erwarten sei. Er versuchte, seinen sowjetischen Gesprächspartner durch die Erklärung zu beruhigen, daß weder die Regierung noch die Unabhängige Partei der kleinen Landwirte eine sowjetfeindliche Außenpolitik betreiben würden, sondern lediglich die Beziehung zwischen beiden Ländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung ordnen und entsprechende Vereinbarungen abschließen möchten. Tildy erwähnte auch, daß Ungarn Wirtschaftshilfe benötige.

Mikojan verhielt sich ihm gegenüber nicht abweisend. Er fragte Tildy, ob er die sowjetische Regierungserklärung vom Vortag kenne, und als die Antwort zu seiner Überraschung verneinend war, versprach er, ihm das Dokument am nächsten Tag zusenden zu lassen. Zu innenpolitischen Fragen bezog Mikojan keine Stellung, aber er beruhigte Tildy mit der Erklärung, daß die sowjetische Regierung bereit sei, alle Fragen zu erörtern. In der Frage des sowjetischen Truppenabzugs erwähnte er, und dies war neu, daß man die Truppen, die gemäß des Warschauer Vertrags stationiert waren, möglicherweise abziehen werde. Prinzipiell beinhaltete dies eine Änderung des bisherigen sowjetischen Standpunktes und bedeutete, daß die Sowjets an einen Teilabzug ihrer Truppen dachten. Tildy kehrte beruhigt ins Parlament zurück. Seiner Umgebung erzählte er: »Mikojan nahm alles an«. Dies entsprach, wie sich zeigen sollte, nicht der Wahrheit.<sup>70</sup> Mikojan und Suslow kamen am späten Abend des 31. Oktober in Moskau an. In der Zwischenzeit war dort in der Behandlung der ungarischen Krise ein völliger Richtungswechsel eingetreten.

<sup>70</sup> Über den Ablauf dieser Verhandlung berichte ich aufgrund folgender Quellen: MOL, XX-5-h, V-150000/53. Tildy Zoltan 1957 majus 28-i kihallgatásanak jegyzőkönyve [Protokoll des Verhörs von Zoltan Tildy vom 28. Mai 1957]; Kövago, Jozsef: Emlkek, emberek, remenyek. A Független Kisgazdapart a forradalomban [Erinnerungen, Menschen, Hoffnungen. Die Unabhängige Partei der kleinen Landwirte in der Revolution]. In: Irodalmi Ujsag (Melleklet), November-Dezember 1981; Magyar Nemzet, 3. November 1956. Maleter Pal nyilatkozata.

## Die zweite sowjetische Militärintervention

Durch die Warschauer und Budapester Ereignisse veranlaßt, versuchte die sowjetische Parteiführung die Entwicklung in den Nachbarländern neu einzuschätzen und die Politik der Sowjetunion in Ostmitteleuropa zu überprüfen. Das Präsidium der KPdSU erörterte Ende Oktober 1956 in vier Sitzungen die in den zum sowjetischen Block gehörenden Ländern entstandene Lage. Man sprach über die Grundprinzipien der gegenseitigen Beziehungen, über die Korrektur der begangenen Fehler auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, über einen Teilabzug der Truppen und über eine Reduzierung der Anzahl der sowjetischen Berater. Zum ersten Mal war ernsthaft die Rede von der Anerkennung und von der Unabhängigkeit und Souveränität einzelner sozialistischer Länder und deren Gleichbehandlung.<sup>71</sup>

Zu einer dieser Sitzungen wurden am 24. Oktober 1956 außer Jugoslawien und Albanien die Vertreter aller in Ostmitteleuropa und Osteuropa herrschenden kommunistischen Parteien eingeladen. Ernő Gerő konnte wegen des Ausbruchs der Revolution Ungarn nicht verlassen, Gomulka wollte wegen des erst einige Tage zurückliegenden Verhaltens der sowjetischen Delegation in Warschau nicht erscheinen. Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Todor Schiwkow und Antonin Novotny befanden sich unter den Teilnehmern. Ursprünglich wollte man ausschließlich über die polnische Lage reden, aber indirekt stand auch Ungarn auf der Tagesordnung.

Chruschtschow berichtete von den Ereignissen in Budapest, von den Personalveränderungen in der ungarischen Regierung und Parteiführung sowie über die Umstände der Intervention der sowjetischen Truppen. Er teilte auch mit, daß man Mikojan, Suslow und Serow nach Ungarn entsandt habe. Von den Gästen meldete sich nur Ulbricht zu Wort und befürwortete den Einsatz sowjetischer Truppen in Ungarn.<sup>72</sup> Am 23. Oktober 1956 kam eine hochrangige Parteidelegation unter der Leitung von Liu Shaoqi, Vizepräsident des ZK der KP Chinas, auf chinesische Initiative nach Moskau, um die Lage in Polen zu besprechen. Diese Delegation schaltete sich ebenfalls in die Besprechungen über Ungarn ein.

Ab 24. Oktober stand Ungarn im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der sowjetischen Staats- und Parteiführung. Mikojan und Suslow berichteten täglich mehrmals über die sich schnell ändernde Lage. ZK und Präsidium der KPdSU bekamen offensichtlich auch von der Armee und vom Geheimdienst Informationen. Wahrscheinlich schickte auch Andropow unabhängig von der Delegation Lageberichte, die jedoch noch nicht aufgefunden wurden.

Im Verlauf der heftigen Diskussionen über die Handhabung der ungarischen Ereignisse bildeten sich innerhalb der Parteiführung zwei Richtungen heraus: Die eine, vertreten hauptsächlich von Molotow und seiner Umge-

<sup>71</sup> Muszatov, Valerij: Szovjet politikai beavatkozás es katonai intervencio Magyarországon 1956-ban [Die sowjetische politische und militärische Intervention in Ungarn im Jahr 1956]. In: *Multunk*, 4/1991, S. 164.

<sup>72</sup> Die Notizen von Jan Svoboda, Novotnys persönlichem Sekretär über diese Verhandlungen fand Tibor Hajdu in Prag. S. Hajdu, *Az 1956*, a.a.O., S. 149-156.

bung, wollte die Krise mit Gewalt, mit einer erneuten Militärintervention lösen, während die andere Richtung nach Möglichkeiten einer politischen Lösung suchte und zur Vermeidung weiterer Opfer und Verluste eine Übereinkunft mit Imre Nagy und der ungarischen Regierung durch Verhandlungen anstrebte. Auch Chruschtschow wollte verhandeln, obwohl er von der ersten Sekunde an einer politischen Lösung nicht traute<sup>73</sup>, außer ihm Mikojan und andere Mitglieder des »liberalen« Flügels der Parteiführung.

Im sowjetischen Verhalten gegenüber Ungarn dominierte bis zum 30. Oktober die Suche nach einem politischen Ausweg. Diese Linie ist auch in den Budapester Stellungnahmen und Ratschlägen der Delegation von Mikojan deutlich erkennbar. Am klarsten wurde sie in der durchaus selbstkritischen Deklaration der sowjetischen Regierung über die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten demonstriert, in der demokratische Prinzipien betont wurden. Die erweiterte Sitzung des Präsidiums der KPdSU verabschiedete die Deklaration am 30. Oktober.<sup>74</sup> Gleichzeitig damit begannen jedoch die militärischen Vorbereitungen für die Intervention. Bereits am 27. Oktober befahl Verteidigungsminister Marschall Schukow – offensichtlich im Einverständnis mit dem Präsidium der KPdSU – dem Verteidigungsministerium und dem Generalstab die Ausarbeitung der Operationspläne, den Aufbau eines Nachrichtennetzes in Ungarn und die Bereitstellung der Kampfmittel.<sup>75</sup> Am gleichen Tag, als die Deklaration über die neuen Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen veröffentlicht wurde, also am 31. Oktober, beschloß das Präsidium der KPdSU die militärische Intervention in Ungarn und legte auch den Zeitpunkt für den Angriff fest. Mikojan und Suslow waren bei dieser Entscheidung noch nicht anwesend, sie kamen erst am späten Abend in Moskau an. Mikojan telefonierte mit Chruschtschow und drückte seine Bedenken aus, weil der Beschluß ohne Anhörung seiner Delegation zustande gekommen war. Er hielt schon die erste sowjetische Militärintervention für einen schwerwiegenden Fehler<sup>76</sup> und war auch mit dem erneuten militärischen Eingreifen nicht einverstanden. Sein Argument war, daß die Sowjetunion und die KPdSU auf internationaler Ebene dafür einen hohen Preis zu zahlen hätten. Er forderte eine erneute Sitzung des Präsidiums zur

<sup>73</sup> Micunovic, Tito, a.a.O., Tagebucheintragung vom 25. Oktober 1956, S. 125.

<sup>74</sup> Hianyzo lapok, a.a.O., S. 129. Auszug aus dem Protokollbuch Nr. 49 über die Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU vom 30. Oktober 1956.

<sup>75</sup> Muszатов, Szovjet politikai, a.a.O., S. 164.

<sup>76</sup> Artur Starewicz, ehemaliger Leiter des Pressebüros des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der zusammen mit dem stellvertretenden Außenminister Marian Naszkowski von der polnischen Partei nach Budapest geschickt worden war, traf am 29. Oktober 1956 in der sowjetischen Botschaft Mikojan und Suslow. In einem Interview sagte er 1992: »Für mich war die Meinung der beiden sehr aufschlußreich, da sie den Einsatz der sowjetischen Truppen in Budapest auch mißbilligten und meinten, daß dies ein riesiger Fehler sei. Wir waren sehr überrascht davon, wie wenig sie die starren Prinzipien vertraten. Aber sie fügten sofort hinzu, daß die Intervention zur Verstärkung der konterrevolutionären Welle führte. Sie benutzten damals diese Terminologie«. In: Tischler, Janos: Lengyel szemmel 1956-rol. Interju Artur Starewicz-csel, a LEMP KB Sajtóiroda egykori vezetőjevel [Über die Ereignisse des Jahres 1956 aus polnischer Sicht. Interview mit Artur Starewicz, dem damaligen Leiter des Pressebüros des ZK der PVAP]. In: Multunk, 2-3/1992, S. 128f.



Überprüfung dieser Entscheidung. Chruschtschow wies ihn jedoch grob zu recht.<sup>77</sup> Aller Wahrscheinlichkeit nach trug Mikojan auf der Sitzung des Präsidiums am 1. November seine Bedenken vor – ohne jeglichen Erfolg.<sup>78</sup>

Da es an authentischem Archivmaterial mangelt, ist es sehr schwer zu beurteilen, wodurch die rasche Wende in der Behandlung der ungarischen Frage verursacht wurde. Es scheint, daß man in Moskau die Lage in Ungarn pessimistischer einschätzte als die Delegation Mikojans vor Ort, und man war auch mißtrauischer gegenüber Imre Nagy. Andropow, der die Entwicklung in Ungarn mit Widerwillen betrachtete, auf dogmatische Weise nur die antikommunistischen und sowjetfeindlichen Züge der Volksbewegung hervorhob und der bereits am 29. Oktober der Meinung war, daß in Ungarn eine »Konterrevolution« stattfindet, deren Führer Imre Nagy sei, mag dazu beigetragen haben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß er eine erneute militärische Intervention befürwortete.<sup>79</sup>

Auf der Sitzung des ZK der KPdSU vom 31. Oktober verabschiedete man den Text eines Telegramms an Palmiro Togliatti, den Generalsekretär der KPI. Darin hieß es: »Nach den zur Verfügung stehenden Informationen wird von Imre Nagy eine doppelzüngige Position vertreten, und er gerät immer stärker unter den Einfluß reaktionärer Kräfte. Vorläufig treten wir noch nicht offen gegen Nagy auf, aber wir werden uns damit nicht abfinden, falls die Ereignisse eine Kettenreaktion auslösen.«<sup>80</sup> Während einen Tag zuvor, am 30. Oktober, Mikojan in Budapest – sicherlich auf Weisung – Imre Nagy des Vertrauens der sowjetischen Führung versichert und ihn ermutigt hatte, zu retten, was zu retten sei, wurde Nagy in Moskau vorgeworfen, daß er Zugehörigkeiten an die Aufständischen mache und die Forderungen der Volksbewegung übernehme, also unter deren Einfluß gerate.

Bei der Entscheidung für die Invasion spielten hauptsächlich außenpolitische Erwägungen eine Rolle. Ungarns Austritt aus dem Warschauer Pakt, der am 31. Oktober noch nicht vollzogen war, hätte die Gefahr des Zerfalls des »sozialistischen Lagers« mit sich gebracht. Der Abzug der sowjetischen Truppen und die Schwächung der kommunistischen Partei hätten den sowjetischen Einfluß zusätzlich gemindert. Eine Lockerung der Kontrolle über Ostmitteleuropa hätte grundlegende außenpolitische Interessen der Sowjetunion verletzt. Man befürchtete infolge der polnischen und ungarischen Entwicklung jedoch nicht den Ausbruch eines neuen Weltkrieges, weil die amerikanische Regierung zusicherte, daß die USA sich in die ostmitteleu-

<sup>77</sup> Memuary N. S. Chruschtschowa, a.a.O., S. 80.

<sup>78</sup> Der Sohn Mikojans erzählte im Mai 1992 in Moskau den Historikern Peter Gosztonyi und Jenő Györkei, daß sein Vater am 1. November 1956 aufgeregt und nachdenklich zu Hause auf und ab ging und nach der Sitzung des Präsidiums aufgewühlt zurückkehrte. Es ist erwiesen, daß sein Vater die zweite sowjetische militärische Intervention nicht befürwortete und den Einsatz der Armee sogar ablehnte. S. dazu: Magyar Nemzet vom 7. Mai 1992.

<sup>79</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang die Erinnerungen von J. I. Malaschenko, der 1956 im Rang eines Obersten der beauftragte Stabschef des Besonderen Armeekorps war. In: Wojenno-Istoričeskij Schurnal, 11/1993, S. 49.

<sup>80</sup> Hianyzo lapok, a.a.O., S. 130.

ropäischen Angelegenheiten militärisch nicht einmischen werden.<sup>81</sup> Es ist nicht bewiesen, jedoch offenkundig, daß die Aggression Israels, Englands und Frankreichs gegen Ägypten am 29. Oktober die Entscheidung in Moskau beschleunigte. Es gab auch innenpolitische Gründe für die Intervention in Ungarn. Der Druck stalinistischer Partei- und Regierungskreise, die Ungeduld des Militärs und der Generalität angesichts der sich hinschleppenden Krise und die Angst Chruschtschows und seiner Anhänger, daß ein »Verlust« Ungarns zum Verlust des Ansehens der vom XX. Parteitag gewählten neuen Parteiführung führen würde, bewirkten ein entschiedeneres Vorgehen. Auch Rakosi, Gerö und andere nach Moskau geflohene ungarische Stalinisten drängten auf diese Entscheidung.

Die zweite Intervention in Ungarn mußte nicht nur militärisch, sondern auch politisch sorgfältig vorbereitet werden. In der besagten Sitzung des Parteipräsidiums vom 31. Oktober wurde beschlossen, die Führer der kommunistischen Parteien, auch die Jugoslawen, zu konsultieren. Noch am selben Tag setzte sich das vollständige sowjetische Präsidium mit der von Liu Shaogqi geführten chinesischen Parteidelegation vor deren Abreise auf dem Flugplatz zusammen. Obwohl sie ein oder zwei Tage zuvor mit Einverständnis Mao Zedongs vereinbart hatten, daß zur Lösung der Krise, auch falls sich die Lage sehr kompliziert gestaltet, keine militärischen Kräfte eingesetzt werden sollen, erhielt Chruschtschow jetzt das Einverständnis der chinesischen Delegation und auch Mao Zedongs zur militärischen Intervention.<sup>82</sup> Am Vormittag des 1. November trafen Chruschtschow, Malenkow und Molotow in Brest an der polnisch-sowjetischen Grenze mit Gomulka und mit Ministerpräsident Cyrankiewicz zusammen. Die Polen betonten zwar ihr Sondervotum, nahmen aber die sowjetische Entscheidung zur Kenntnis.<sup>83</sup> Für die sowjetischen Führer war es nicht schwierig, am nächsten Tag in Bukarest die Unterstützung von Novotny, Schiwkow und Gheorghiu-Dej zu bekommen. Diese erklärten sich einstimmig und ohne Einwände für die Intervention. Die von den Rumänen und Bulgaren angebotene Militärhilfe lehnte Chruschtschow jedoch ab.<sup>84</sup> Auch die Verhandlungen mit Tito und anderen jugoslawischen Politikern in der Nacht vom 2. zum 3. November auf der Insel Brioni waren aus sowjetischer Sicht sehr erfolgreich. Die Jugoslawen betrachteten die Nachrichten aus Ungarn mit wachsender Sorge, befürchteten – grundlos – eine eventuelle Restauration des Horthy-Regimes und hielten

<sup>81</sup> Charles Bohlen, Botschafter der USA in Moskau, erhielt am 29. Oktober 1956 eine Weisung vom Außenminister Dulles, den sowjetischen Führern einschließlich Schukow mitzuteilen, daß die USA in den osteuropäischen Nationen keine »potentiellen militärischen Verbündeten« sehen, diese daher im Falle eines Konflikts militärisch nicht unterstützen würden. Das Telegramm von Dulles s. in: Foreign Relations of the United States, 1955-1957. V. XXV. Eastern Europe. Washington 1990, S. 328. Bohlen übergab Chruschtschow diese Nachricht am 30. Oktober 1956 auf einem Empfang der türkischen Botschaft.

<sup>82</sup> Memuary N. S. Chruschtschowa, a.a.O., S. 75.

<sup>83</sup> Tischler, Janos: A lengyel partvezetes es az 1956-os forradalom. Az 1956-os Intezet Evkönyve. III. 1994 [Die polnische Parteiführung und die Revolution von 1956. Jahrbuch des 1956er Instituts III. 1994], Budapest 1994, S. 189f.

<sup>84</sup> Memuary N. S. Chruschtschowa, a.a.O., S. 76.

Imre Nagy für schwach. Sie sicherten der sowjetischen Parteiführung ihre volle Unterstützung zu und drängten auf die Mobilisierung der Armee und eine baldige Niederschlagung der »Konterrevolution«. Sie verhandelten mit den Sowjets sogar über die Zusammensetzung einer neuen Regierung und über deren Programm. Den Zeitpunkt der Invasion in Ungarn teilten ihnen die Sowjets allerdings nicht mit.<sup>85</sup>

Chruschtschow und Malenkow kamen am späten Nachmittag des 3. November wieder in Moskau an mit dem Wissen, daß gegen die Intervention in Ungarn weder China noch Jugoslawien und die Länder des sozialistischen Lagers protestieren würden. Die Meinung des Westens interessierte sie nicht besonders.

In Budapest erhielt Botschafter Andropow die Aufgabe, die militärischen und politischen Vorbereitungen zu tarnen. Allem Anschein nach war er über die Entscheidung für eine erneute Intervention unterrichtet, wahrscheinlich war ihm sogar der Zeitpunkt des Angriffs bekannt. Die ungarische Regierung wußte aufgrund von Meldungen der militärischen Aufklärung seit dem 1. November, daß die sowjetischen Truppen in Ungarn aus der Sowjetunion ständig Verstärkung erhielten.

Auf Nachfragen und Proteste des ungarischen Ministerpräsidenten gab Andropow – auf Weisung – immer nur ausweichende Antworten. Am Nachmittag des 1. November nahm er an der Sitzung des Ministerrates teil, auf der ihm Imre Nagy mitteilte, daß Ungarn aus dem Warschauer Pakt austrete und seine Neutralität deklariere. Andropow nahm dies ohne Kommentar zur Kenntnis und versuchte nicht einmal, auf die Gefahren dieses Schrittes aufmerksam zu machen. Er sagte lediglich, er werde seine Regierung darüber unterrichten.<sup>86</sup> Als Nagy ihn am 2. November im Zusammenhang mit dem Verschwinden Kadars und Münnichs um eine Erklärung bat, wies er scheinheilig jegliche Verantwortung der sowjetischen Botschaft in dieser Sache zurück.<sup>87</sup> Auf den ungarischen Vorschlag, daß beide Regierungen in Warschau über die Auflösung des Warschauer Paktes und über den sowjetischen Truppenabzug verhandeln sollten, reagierte Moskau nicht.<sup>88</sup> Zur Ablenkung wurde angeboten, Gespräche über die militärische Vorbereitung des Abzugs zu beginnen. Am späten Abend des 3. November verhaftete General Serow, der Vorsitzende des KGB, im sowjetischen Hauptquartier in Tököl die Mitglieder der ungarischen Delegation, darunter Pal Maleter, den amtierenden Verteidigungsminister der ungarischen Regierung.<sup>89</sup>

<sup>85</sup> Ebenda, S. 77f., sowie Micunovic, Tito, a.a.O., S. 128-137, Tagebucheintragung vom 3. November 1956.

<sup>86</sup> A »Jelcin-dosszie«, a.a.O., S. 81f., Bericht Andropows vom 2. November 1956.

<sup>87</sup> Ebenda, S. 81f., Bericht Andropows vom 2. November 1956.

<sup>88</sup> Die ungarische Empfehlung wurde veröffentlicht in: Kiss, Jozsef/Ripp, Zoltan/Vida, Istvan: Forrasok a Nagy Imre-kormany külpolitikajanak történetéhez [Quellen zur Geschichte der Außenpolitik der Regierung Imre Nagy]. In: Tarsadalmi Szemle, 5/1993, S. 88f. Note des Ministerpräsidenten Imre Nagy an die sowjetische Botschaft in Budapest vom 2. November 1956.

<sup>89</sup> Vgl. die Erinnerungen von Oberst im Generalstab Miklos Szücs, der Mitglied der ungarischen Delegation war: Szücs, Miklos: Ezredes voltam 1956-ban a vezerkarnal [Im Jahr 1956 war ich Oberst im Generalstab], Budapest 1989, S. 104-131.

## Die Bildung der Kadar-Regierung

Das Präsidium der KPdSU beschloß in der Sitzung vom 31. Oktober außer der militärischen Invasion auch die Vorbereitung zur Bildung einer neuen ungarischen Regierung. Außenminister D. T. Schepilow sowie die Mitglieder des Sekretariats des ZK der KPdSU L. I. Breschnew, J. A. Furzewa und P. N. Pospelow erhielten die Aufgabe, »die notwendigen Dokumente«, d.h. Aufruf und Programm der Regierung zu entwerfen, eine Kabinettsliste zusammenzustellen und diese dem ZK vorzulegen.<sup>90</sup>

Botschafter Andropow bekam am 1. November aus Moskau die Weisung, zu Janos Kadar und Ferenc Münnich Kontakt aufzunehmen und ihnen mitzuteilen, daß Chruschtschow und das Präsidium der KPdSU sie in der sowjetischen Hauptstadt erwarteten.<sup>91</sup> Der sowjetische Diplomat telefonierte mit Münnich, und dieser unterrichtete Kadar.<sup>92</sup> Weitere Einzelheiten ihrer Einladung und ihres Überlaufens sind bis heute nicht bekannt. Tatsache ist, daß Kadar nicht darauf vorbereitet war, Budapest zu verlassen, und bis zum frühen Abend auch nichts davon wußte. Am Vormittag des 1. November nahm man seine Rundfunkrede auf, die am späten Abend ausgestrahlt wurde und in der er die Gründung der MSzMP mitteilte. Wenn er den Bruch mit der Regierung Imre Nagy geplant hätte, hätte er darin wohl nicht von einem »glorreichen Aufstand unseres Volkes« gesprochen und auch nicht Stellung für das Mehrparteiensystem und für die nationale Unabhängigkeit bezogen.<sup>93</sup> Auf der Sitzung des Ministerrates, die um 17 Uhr begann, hätte er auch nicht für den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und für die Neutralität des Landes votiert. Er entfernte sich aus dem Parlament nicht heimlich, sondern teilte seiner Umgebung mit, daß er in die sowjetische Botschaft gehe.<sup>94</sup> Bis heute ist nicht geklärt, womit ihn Andropow für die Bildung einer sowjetisch orientierten Gegenregierung gewinnen konnte.

Kadar und Münnich wurden nach Tököl auf die große sowjetische Luftwaffenbasis unweit von Budapest gebracht und am nächsten Tag, nach kurzem Aufenthalt in Uschgorod, aus Sicherheitsgründen in getrennten Maschinen nach Moskau geflogen. Andropow und die sowjetische Botschaft organisierten am 1. und 2. November auch die Flucht von Antal Aproz, Karoly Kiss, György Marosan und Sandor Nogradi aus dem Parlament. Sie wurden ebenfalls nach Tököl gebracht und blieben dort bis zum 5. November. Aproz war stellvertretender Ministerpräsident der Regierung Imre Nagy, mit ihm zusammen gingen drei Schlüsselfiguren des Kabinetts auf die sowjetische Seite über. Wenn man berücksichtigt, daß vier der Überläufer –

<sup>90</sup> A »Jelcin-dosszie«, a.a.O., S. 70. Beschluß des Präsidiums der KPdSU vom 31. Oktober 1956.

<sup>91</sup> Memuary N. S. Chruschtschowa, a.a.O., S. 78.

<sup>92</sup> Az MSzMP ideiglenes vezető testületének jegyzőkönyvei. Bd. I. 1956 november 11-1957 január 14. Szerkesztette: Nénéthné Vagyfi Karola és Sipos Levente [Protokolle der provisorischen Leitungsorgane der MSzMP. Redaktion: Nénéthné, Karola Vagyfi und Sipos, Levente], Budapest 1993, S. 11.

<sup>93</sup> A forradalom hangja, a.a.O., S. 370f.

<sup>94</sup> Vasarhelyi, Ellentekben, a.a.O., S. 102.

Apro, Kadar, Kiss und Münnich – vorher Mitglieder des sechsköpfigen Parteipräsidiums der MDP waren, ist es offensichtlich, daß die Sowjets bewußt möglichst hochrangige Politiker zur Befürwortung der Militärintervention gewinnen wollten.

Kadar führte in der Nacht vom 2. zum 3. November und am Vormittag des 3. in Moskau eine Reihe von Gesprächen. Außer mit Vertretern der KPdSU verhandelte er auch mit Repräsentanten anderer »Bruderparteien«, darunter mit Beauftragten der chinesischen und der jugoslawischen Kommunisten.<sup>95</sup> Einzelheiten darüber sind nicht bekannt, jedoch ging es offensichtlich um die sowjetische Intervention und um die Regierungsbildung. Die Jugoslawen sicherten Kadar – noch vor oder zeitgleich mit dem Besuch Chruschtschows auf Brioni – ihre volle Unterstützung für die Pläne zur Regierungsbildung zu und boten an, daß sie in Budapest auf Imre Nagy Druck ausüben würden, damit er abdanke. Sie fügten sogar hinzu, daß sie ihn eventuell zur Abdankung zwingen würden.<sup>96</sup> Die wichtigste Besprechung fand in den Abendstunden des 3. November statt, als das Präsidium der KPdSU nach der Ankunft Chruschtschows und Bulganins zusammentrat. Von den elf Mitgliedern des Präsidiums waren sieben anwesend: Chruschtschow, Bulganin, Woroschilow, Malenkow, Molotow, Mikojan und Kaganowitsch, zu ihnen gesellte sich auch Breschnjew als Kandidat des Präsidiums und Sekretär des ZK, der sich damals mit der ungarischen Angelegenheit befaßte. Suslow jedoch fehlte.

Chruschtschow und Malenkow berichteten über die Besprechungen mit Tito und mit der bulgarischen, tschechoslowakischen und rumänischen Parteiführung und resümierten, daß die Mehrheit der sozialistischen Länder für ein schnelles und entschiedenes Vorgehen in Ungarn sei. Molotow hatte bereits vorher über die Verhandlungen in Brest informiert. Als sie die personelle Zusammensetzung der neuen ungarischen Regierung besprachen, wandte sich Molotow scharf gegen die Beauftragung Kadars als Ministerpräsident. Sein Argument bestand hauptsächlich darin, daß Kadar selbst beunruhigt sei und möglichst bald nach Budapest zurückkehren wolle, was beweise, daß er sich noch immer als Mitglied der Führung unter Imre Nagy betrachte. Dies würde seine Unfähigkeit beweisen, eine Offensive gegen Nagy zu führen. Molotow teilte mit, daß er für Münnich stimmen werde. Chruschtschow war auch für Münnich, den er seit Anfang der dreißiger Jahre kannte und später als Botschafter in Moskau regelmäßig getroffen hatte. Kadar kannte er persönlich nicht und war deshalb ihm gegenüber mißtrauisch. Er meinte auch, politisch rehabilitierte Parteiführer sollte man nicht mit Macht ausstatten, da sie nicht unvoreingenommen sein könnten. Schließlich vereinbarten sie, Münnich als Ministerpräsidenten und Kadar als

<sup>95</sup> Az MSzMP, a.a.O., S. 146. Az MSzMP Ideiglenes Központi Bizottsága 1956. dec. 2-3-i ülése nek jegyzőkönyve [Protokoll der Sitzung des Provisorischen ZK der MSzMP von 2.-3. Dezember 1956].

<sup>96</sup> Az MSzMP, a.a.O., S. 127f. Az MSzMP Ideiglenes Intező Bizottságanak 1956. nov. 28-i jegyzőkönyve [Protokoll des Provisorischen Verwaltungsausschusses der MSzMP vom 28. November 1956].

Ersten Sekretär der Partei einzusetzen.<sup>97</sup> Danach wurden Kadar, Münnich sowie Istvan Bata und Imre Horvath<sup>98</sup>, die früher Mitglieder der Hegedüs-Regierung gewesen waren, in den Sitzungssaal gebeten.

Über diese ungarisch-sowjetischen Verhandlungen liegen nur die improvisierten Notizen des ehemaligen Außenministers Horvath vor, aus denen man den genauen Ablauf leider nicht rekonstruieren kann. Aber sie erhellen das Wesentliche der Gespräche.<sup>99</sup> Kaum hatte die Gruppe um Kadar Platz genommen, teilte ihr der Generalsekretär der KPdSU entschlossen und ohne Widerspruch zu dulden mit: In Ungarn finde eine »organisierte Konterrevolution« statt, und man müsse im Interesse der Herstellung der öffentlichen Ordnung und zur Niederschlagung der rasenden »Konterrevolution« militärische Gewalt anwenden, eine andere Alternative gebe es nicht. Chruschtschow gab selbstkritisch zu, daß auch die sowjetische Politik zur Entstehung der Krise in Ungarn beigetragen habe, er leugnete nicht, daß es ein Fehler war, Rakosi durch Gerö zu ersetzen, und er nahm die Verantwortung dafür zum Teil auf sich. Er habe eingesehen, daß man im Juli 1956 Kadar zum Ersten Sekretär hätte ernennen sollen. Seine Meinung über die beiden gestürzten ungarischen Politiker war vernichtend, aber noch schärfer kritisierte er Imre Nagy. Früher hätten sie schon von ihm gedacht, daß er keine kämpferische Natur, sondern ein Opportunist sei, jetzt habe sich jedoch gezeigt, daß er kein wahrer Kommunist sei, er sei zum Verräter geworden. Diese Qualifizierung Imre Nagys machte später jahrzehntelang den Hauptvorwurf gegen ihn aus. Chruschtschow teilte auch mit, die Sowjets hätten Imre Nagy längst verhaftet. Nagy müsse zurücktreten, und wenn er dies nicht tue, stehe er »im Dienst des Feindes«. Chruschtschow sprach außerdem über die internationale Lage, vor allem über die Suez-Krise, und berichtete über die Verhandlungen mit den Führern der »Bruderparteien« und mit Tito. Wieviel er darüber mitteilte, geht aus den Notizen von Imre Horvath nicht hervor.

Kadar akzeptierte, daß in Ungarn die militärische Intervention im Interesse der Konsolidierung der Lage notwendig sei. Er gab zu, daß auch die ungarische Partei Fehler begangen habe, aber ziemlich offen brachte er ebenfalls die Fehler und Irrtümer der sowjetischen Parteiführung zur Sprache. Dieser warf er vor, daß sie nur Gerö, Rakosi und Farkas vertraut und es zugelassen habe, daß Rakosi die Beziehungen zur Sowjetunion monopolisierte. Dieser habe im Herbst 1955 behauptet, daß mit dem Ausschluß Imre Nagys aus der Partei auch die sowjetische Führung einverstanden sei, und es habe sich erst nach Monaten herausgestellt, daß das die Unwahrheit war. Kadar versuchte in dieser Sitzung, Nagy zu verteidigen und meinte, daß die von

<sup>97</sup> Memuary N. S. Chruschtschowa, a.a.O., S. 78f.

<sup>98</sup> Horvath, Imre (1901-1958) begann seine diplomatische Laufbahn 1946 in Moskau, zwischen 1948 und 1956 leitete er die ungarischen Botschaften in Berlin, Washington, London und Prag. Am 30. Juli 1956, nach dem Sturz von Rakosi, wurde er zum Außenminister ernannt.

<sup>99</sup> Dieses Dokument fand Laszlo Varga zwischen den Geheimdokumenten des ungarischen Außenministeriums. S. Hruscov es Kadar titkos tárgyalasai, 1956. nov. 3 [Chruschtschows Geheimverhandlungen mit Kadar am 3. November 1956]. In: Magyar Hirlap, 22. Oktober 1992.

ihm geführte Regierung nur scheinbar die Liquidierung von Kommunisten dulde, in Wirklichkeit sei diese Regierung handlungsunfähig. Er wies ferner auf die verletzten nationalen Gefühle in Ungarn hin.

Kadar warnte die Sowjets davor, eine »Marionettenregierung« zu bilden. Als Aufgabe der neuen Regierung bezeichnete er die Niederschlagung der Konterrevolution, die Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften und die Regelung der ungarisch-sowjetischen Beziehungen. Auf dem Gebiet der Außenpolitik hielt er die Pflege der Freundschaft mit der Sowjetunion für die vorrangige Aufgabe, meinte aber, man solle auch zu den Volksdemokratien gute Beziehungen unterhalten und die Kontakte zu den »friedliebenden Staaten«, also zu den blockfreien Staaten, ausbauen. Im Laufe der Verhandlungen besprach man die Zusammensetzung der neuen Regierung. Aus den Notizen Horvaths geht nicht hervor, von welcher Seite die Vorschläge zu den einzelnen Personen stammten. Chruschtschow schrieb dazu in seinen Memoiren, daß ursprünglich Kadar und Münnich die Liste der Regierungsmitglieder zusammengestellt hätten, da sie die Leute kannten.<sup>100</sup> Vermutlich gab es keine großen Meinungsverschiedenheiten über die Kandidaten. Das Präsidium nahm die Ernennung Kadars zum Ministerpräsidenten an, da er großen Eindruck gemacht hatte. Münnich und die beiden anderen Mitglieder der ungarischen Gruppe schlugen ebenfalls Kadar vor, auch Mikojan war für dessen Ernennung.<sup>101</sup> Stellvertretender Ministerpräsident und zugleich Innen- und Verteidigungsminister wurde Münnich, Imre Horvath übernahm den Posten des Außenministers. Acht Ministerposten wurden besetzt, fünf blieben vakant mit der Begründung, daß die Regierung später in Budapest vervollständigt werde. Aus der Gruppe um Rakosi und Gerö gelangte niemand in die in Moskau neu aufgestellte Regierung.

Die Deklaration »Aufruf an das ungarische Volk« mit dem Programm der Kadar-Regierung wurde in der Sitzung zwar erwähnt, jedoch diesmal nicht zur Diskussion gestellt, weil sie wahrscheinlich bereits genehmigt war. Das Regierungsprogramm, an dessen Ausarbeitung auch Ernő Gerő und Andras Hegedüs teilnahmen<sup>102</sup> und an dem Kadar und Münnich nur winzige Korrekturen anbrachten, übernahm auf sozialem Gebiet viele Forderungen der demokratischen Volksbewegung und des Programms der Regierung Imre Nagy vom 28. Oktober. Die nationale Unabhängigkeit und Souveränität des Landes wurden darin befürwortet, die Neutralität blieb jedoch unerwähnt. Als außenpolitischer Grundsatz der Regierung wurden die eindeutige prosovjetsche Orientierung festgelegt und die Mitgliedschaft Ungarns im Warschauer Pakt fixiert. Auch die Beibehaltung der Arbeiterräte und der lokalen Organe war im Programm vorgesehen. Dem erklärten Ziel, die Machtorgane der Revolution beibehalten zu wollen, widersprach jedoch die gleichzeitige Absicht, die von der kommunistischen Partei dominierten Bezirks- und Gemeinderäte zu erhalten. Vom Mehrparteiensystem und von freien Wahlen

<sup>100</sup> Memuary N. S. Chruschtschowa, a.a.O., S. 79.

<sup>101</sup> Mitteilung von György Aczel.

<sup>102</sup> Muszatov, Szovjet politikai, a.a.O., S. 166.

war keine Rede, aber man versprach Schutz für die Arbeiter und Bauern, die an der Revolution teilgenommen hatten. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftslenkung stellte das Programm Veränderungen in Aussicht. Zum Schluß gab die Regierungserklärung bekannt, daß die Regierung um sowjetische Militärhilfe gebeten habe, um die »Konterrevolution« niederzuschlagen und Ruhe und Ordnung herzustellen, und versprach, daß sie gleich nach Konsolidierung der Verhältnisse mit der sowjetischen Regierung und den anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes Verhandlungen beginnen werde.<sup>103</sup> Gleichzeitig mit dieser Erklärung wandte sich die neue Regierung Kadar – auf sowjetischen Druck – schriftlich an die sowjetische Regierung mit der Bitte um militärische »Hilfe« zur Niederschlagung der Revolution in Ungarn.<sup>104</sup> Diesen Brief, der noch nicht aufgefunden wurde, unterschrieb Kadar.<sup>105</sup>

Am frühen Morgen des 4. November 1956 begann die sowjetische Invasion, die sowjetischen Truppen zogen erneut in die Hauptstadt ein. Imre Nagy, Geza Losonczy und eine Gruppe ihrer Anhänger bekamen mit ihren Familien auf jugoslawische Initiative in der Botschaft Jugoslawiens in Budapest Asyl. Kadar, Münnich und Imre Horvath kamen mit Mikojan und dessen Begleitung am frühen Nachmittag des 4. November aus Moskau in Szolnok an.<sup>106</sup> Die »Ungarische Revolutionäre Arbeiter-Bauern-Regierung« wurde offiziell hier gegründet. Der lokale Rundfunksender von Szolnok begann bereits um 6 Uhr, den »Aufruf an das ungarische Volk« auszustrahlen. Am 5. November wurden aus dem sowjetischen Hauptquartier in Tököl auch Antal Apro, György Marosan und andere übergelaufene Mitglieder der ungarischen Parteiführung nach Szolnok gebracht. Auf Drängen Andropows<sup>107</sup> – die Hauptstadt und das Land seien ohne politische Führung – begab sich Kadars Regierung am frühen Morgen des 7. November nach Budapest. In Andropows Anwesenheit legte die neue Regierung noch am selben Tag vor Istvan Dobi, dem Präsidenten des Präsidialrates, den Amtseid ab.<sup>108</sup>

<sup>103</sup> Den Text dieser Deklaration s. in: A »Jelcin-dosszie«, S. 89-93.

<sup>104</sup> Dies wird von Chruschtschow in seinen Memoiren bekräftigt. S. Memuary N. S. Chruschtschowa, a.a.O., S. 79.

<sup>105</sup> Janos Kadar gab in einer im April 1989 gehaltenen Rede zu, daß die sowjetischen Politiker für die militärische Intervention einen Brief mit dem Hilferuf und mit der Unterschrift des Ministerpräsidenten verlangten: »Ich mußte ihn auch irgendwo, nur Gott weiß wo, unterschreiben.« Vgl. Az MSzMP KB 1989. evi jegyzőkönyvei [Protokolle des ZK der MSzMP aus dem Jahr 1989], Bd. I, S. 763.

<sup>106</sup> Augenzeugen sahen am 4. November Mikojan mit Kadar zusammen vor dem Gebäude des Komitatsparteiausschusses in Szolnok. Auch Mikojans Sohn erwähnt in dem bereits zitierten Interview, daß sein Vater nach Budapest zurückgeschickt wurde. »Soweit ich weiß, hielt er sich am 4. November bereits in Budapest auf, und er blieb dort vier bis fünf Tage.« Vgl. Magyar Nemzet vom 7. Mai 1992. Schukows Meldung vom 4. November 1956 verschickte man an die Mitglieder und Kandidaten des Präsidiums der KPdSU. Im Verteiler sind die Namen Mikojan und Suslow durchgestrichen, offensichtlich weil sie nicht in Moskau waren. Vgl. A »Jelcin-dosszie«, S. 94.

<sup>107</sup> A »Jelcin-dosszie«, S. 95, Bericht Andropows vom 4. November 1956.

<sup>108</sup> Kadar, Janos: Vegakarát [Testament], Budapest. o.J., S. 135.



Die Außenpolitik der Sowjetunion gegenüber Ungarn 1956 zeigt, daß sie trotz gewisser Auflockerungen nach Stalins Tod in einem Punkt unverändert blieb: Ihr strategisches Ziel bildete nach wie vor die Bewahrung des nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Status quo, die Aufrechterhaltung der sowjetischen Hegemonie in Ostmittel- und Osteuropa sowie die Erhaltung der Einheit des »sozialistischen Lagers«. V. Micunovic, jugoslawischer Botschafter in Moskau, vermerkte bereits am 30. Juni 1956 in seinem Tagebuch: »Die Unantastbarkeit des Lagers und der sowjetischen Hegemonie ist ein Grundsatz der heutigen wie der früheren sowjetischen Außenpolitik«.<sup>109</sup>

*Aus dem Ungarischen übersetzt von Dr. Andras Mihalybegyi (Budapest).*

---

<sup>109</sup> Micunovic, Tito, a.a.O., S. 73.